

Metallarbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schrum.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötterstraße Nr. 16b.
Telephonruf Nr. 3392.

Inserats
für die sechsgespaltene Colonne ober deren Raum 50 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

In einer Aufl. von **192000** EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

Oberschlesische Metallarbeiterverhältnisse.

Aus Oberschlesien wird uns geschrieben:

Es wird noch lange dauern, bevor die Metallarbeiter Oberschlesiens sich in großer Zahl dem Heere der organisierten Kollegen, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, anschließen. Möglich ist aber auch, daß die Bewegung plötzlich anschwillt und alle künstlich aufgeworfenen Dämme überflutet. Immer lassen sich die Oberschlesier ihre entwürdigende Behandlung nicht gefallen. Noch verstehen es die Geistlichen, hier bekannte kapitalistische Bundesgenossen, das kirchlich gefinnte Volk mit dem Troste auf ein besseres Jenseits über das große Glend des Diesseits hinweg zu täuschen, zum Nutzen der Kapitalisten, deren vornehmste hier bekannte katholische Grafen und Fürsten sind. Diese führen auf ihren prachtvollen Schlössern ein genussreiches Leben, das „niedere“ Volk sorgt für ihre märchenhaften Reichthümer. Hier und da regt sich aber schon die Masse, es kommen häufig Streiks kleinerer und größerer Arbeitergruppen vor. Bei dem Mangel an Organisation verlaufen diese Bewegungen aber entweder im Sande oder das Erzielte kann nicht behauptet werden. Es wird in Oberschlesien noch einmal zu einem „großen Krach“ kommen, der für die Herrschenden um so übler ausläuft, je „siegreicher“ sie die gewerkschaftlichen Organisationen unterdrücken.

Nach den Mitteilungen der Oberschlesischen Unternehmervereinigung für die Hütten- und Bergwerksindustrie waren im letzten Jahre 142192 Arbeiter beschäftigt, darunter die hohe Zahl von 11624 Frauen und Mädchen. Die Eisen- und Stahlindustrie beschäftigte 31936 Arbeiter, 9709 waren in der Zink-, Blei- und Silberfabrikation tätig. 1780643 Tonnen Eisen- und Stahlprodukte im Werte von 163909391 Mk. wurden hergestellt. Die Lohnsumme betrug 27782950 Mk.; auf den erwachsenen Metallarbeiter entfiel eine Jahreslohnsumme von 934 Mk., auf einen jugendlichen 351 Mk. und auf eine Arbeiterin 338 Mk. Es werden hier jährlich mehr als 300 zwölfstündige Schichten gemacht, daher kommt auf den erwachsenen Metallarbeiter nur rund 3 Mk. Lohn für zwölf Stunden Arbeit! Oberschlesien ist das unverfügbare Bezugsbecken für billige Arbeiter, deren Konkurrenz die Metallarbeiter in Berlin, Sachsen, Rheinland-Westfalen bitter empfinden.

Die oberchlesischen Magnaten und Unternehmer zahlen Löhne, deren Niedrigkeit in gleicher Weise Zeugnis ablegt für das „Böhlwollen“ der christkatholischen Kapitalisten wie für das hiesige Arbeiterelend. Wir verzeichnen folgende Durchschnittslöhne auf das Jahr 1903:

	Erwachsene männliche Arbeiter	Jugendliche Arbeiter	Arbeiterinnen
Hochofenbetrieb	1052	355	351
Eisengießerei	889	261	341
Walzwerke	918	360	323
Fertigfabrikate	926	—	—
Zinkhütten	982	277	327
Zinkblechfabriken	977	374	326
Blei- und Silberhütten	834	247	294

Solche Löhne gibt man Arbeitern, die sich außerordentlich quälen in langer Arbeitszeit. Überstunden und Überschichten werden hier massenhaft gemacht. Reparaturschlosser und Maschinensführer sind sehr häufig zur Sonntagsarbeit genötigt. An solchen Sonntagen bleiben die Leute 16 bis 18 Stunden auf dem Werke, ohne dafür Extravergütung zu erhalten, eher wird noch schlechter wie regulär bezahlt. Die Beachtung der Gesetze und Verordnungen zum Schutze der Jugendlichen und Arbeiterinnen wird von den Unternehmern nicht allzu genau genommen. Der Gewerbeinspektor berichtet selbst, er habe Mühe, die jugendlichen Arbeiter vor zu großer Ausbeutung zu schützen. Die Verwendung von Frauen und Mädchen zu schwerer Industriearbeit nimmt keineswegs überall ab; in den gefährlichen Zinkhütten arbeiten noch 1200 bis 1300 Arbeiterinnen, obgleich die hohe Gesundheitsgefährlichkeit dieser Beschäftigung seit langem festgestellt ist. Sogar in dieser ungemein schädlichen Industrie sind grobe Verstöße gegen den Arbeiterinnenschutz ermittelt worden. In einer Hütte begannen die Arbeiterinnen schon halb 6 Uhr morgens die Ofenbeschickung; in einer anderen Hütte wurden monatelang mehrmals wöchentlich die Arbeiterinnen weit über elf Stunden im Betrieb festgehalten! Deutlicher kann die völlige Unzulänglichkeit der Gewerbeinspektion nicht zum Vorschein kommen. In einer Zinkblenderöhnhütte gab die Röhre monatelang Sonntags und Feiertags

(sogar zu Weihnachten) ungefehllich beschäftigt worden, bevor der Gewerbeinspektor die Sache entdeckte! Dem Gericht angezeigt, erhielten die verantwortlichen Betriebsleiter — je 10 Mk. Strafe! Wenn es sich aber um „Arbeiterterrorismus“ handelt, sind die oberchlesischen Richter nicht milde, was die Gewerkschaftsbeamten z. schon zu ihrem Leidwesen erfahren. Die oberchlesische Justiz gegen organisierte Arbeiter ist berühmt geworden im ganzen Lande.

Von Lohnhöhungen wissen die hiesigen Metallarbeiter nichts, wohl aber von Lohnabzügen und Akkordverschlechterung. Die paar Mark Mehrverdienst im letzten Jahre sind den Überstunden zu verdanken. Es braucht aber kein Kollege zu glauben, im gesegneten Oberschlesien seien, analog den niedrigen Löhnen, auch die Lebensbedingungen billig. Das ist nicht der Fall. Für Fleisch, Brot und Kartoffeln wird im Oppelner Bezirk der gleiche Preis verlangt, stellenweise sogar noch mehr, wie in Breslau, wo die Löhne schon etwas besser sind. Die Arbeiter leben hier unglaublich kümmerlich, tausende von Familien haben kaum an Feiertagen Fleisch auf dem Tische. Gewöhnliche Nahrung sind Kartoffeln und eine merkwürdig saure Suppe. Zur Arbeit nimmt man sich Brot und Fett oder Speck mit. Der Schnapskonsum ist sehr stark, man sieht Sonntags früh schon Arbeiter angetrunken zur Kirche gehen. Giet in Oberschlesien kann man studieren, wohin ein Volk kommt, wenn es durch geistlichen Einfluß nur immer wieder auf ein besseres Leben „nach dem Tode“ hingewiesen wird und das „Jammertal Erde“ nur als Durchgangsstation betrachtet. Die Geistlichen und ihre hochadeligen Gönner machen sich schon das „Diesseits“ recht angenehm, ihre statlichen Gestalten wissen nichts von Entbehrung und Kastei zu erzählen. Dem arbeitenden Volke ergeht es um so erbärmlicher; es lebt in stinkenden Höhlen, Wohnungen kann man diese menschenunwürdigen Gassen nicht nennen. Nur wenn Vater und Kinder, oder auch die Mutter erwerbstätig sind, kann die Familie zur Not ohne Defizit haushalten. Sieht man neben den Spelunken, in denen fleißige Arbeiterfamilien hausen, die prunkvollen Schlösser der „Edelsten und Besten“, so kommt man zu dem Schlusse, daß diese Widerwärtigkeit einmal ein jähes Ende nehmen muß.

Nach uns die Sündflut“, scheinen der oberchlesische christkatholische Hochadel und seine kapitalistischen Gesellschaften zu denken. Im anderen Falle müßten sie selbst einsehen, daß von den enormen Betriebsüberschüssen von Rechts wegen dem fleißigen Wertschaffer mindestens ein auskömmlicher Lohn gezahlt werden müsse. Von je 100 Mk. Produktionswert in der Eisen- und Stahlindustrie erhält der Arbeiter nur 17 bis 18 Mk.! Die oberchlesischen Magnaten verstehen das „Teilen“ recht gut zu ihrem Vorteil, deshalb sind sie auch, wie der Teufel hinter einer armen Seele, hinter der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation her. Auch eine „christliche“ Gewerkschaft findet keine Gnade vor den Augen der christkatholischen Kapitalisten. Immer leben sie in der Furcht vor einer anderen Art des „Teilens“, bei der der Fleißige auf seine Rechnung kommt. Unendlich schwierig ist hier die gewerkschaftliche Agitation. So „entschieden“ die Zentrumsleute Balleström und Genossen im Parlament für die „Arbeiterrechte eintreten“, noch viel entschiedener maßregeln und verfolgen sie Arbeiter, die von ihrem gesetzlichen Koalitionsrecht Gebrauch machen. Sozialdemokraten und „Großpolen“ werden „nicht geduldet“, über alle schwebt das Damoklesschwert der christkatholischen Maßregelung. Sie kann aber auch hier das Weitrud nicht aufhalten. Daß die Magnatenherrschaft abbrockelt, hat die Reichstagswahl 1903 bewiesen. Wenn nur auch die gewerkschaftliche Organisation in Oberschlesien nicht so wie die politische Bewegung fortschreitet, so wird doch der mühsam gelegte Same nicht verkommen. Auch in Kleinarabland wird nach langen Kämpfen mit den Mächten der Finsternis die Sonne aufgehen. Opfer wird es kosten, aber sie müssen gebracht werden im Interesse der Metallarbeiter nicht nur Oberschlesiens, sondern ganz Deutschlands.

Ein preussischer Regierungsrat als Arbeiter in Amerika.

(Schluß.)

Bei seinem Eintritt in die Fahrradwerke waren rund 2500 Arbeiter daselbst beschäftigt, wovon viele Deutsche. In bezug auf die Zusammenfassung der Arbeiterschaft war merkwürdig gering die Zahl der gelernten Schlosser, da eben alles mit der Maschine gemacht wurde. Unter der Masse der Angelegerten fanden sich Leute verschiedenster Profession, die dauernd oder auch bloß vorübergehend ins Fabrikproletariat herabgesunken waren. In bunter Reihe standen Kaufmann und Bauernknecht, Lehrer und Handwerker, Musikant „und was weiß ich, wer sonst noch“, selbst

ander am Schraubstock. Auch Studierende waren im Montieraal: ein Theologe, ein Philolog und drei Juristen, lauter Deutsche. „Der entgleiste Schulmeister huldigte, wie ich später bemerkte, der Sokratischen Liebe (Knabenliebe), die auch wohl schuld war, daß er die Heimat hatte verlassen müssen. Dem Theologen hatte das Bier in Erlangen zu gut geschmeckt, bis schließlich die Mittel ausgingen und er statt auf die Kanzel aufs Auswandererschiff stieg. Das mochte an die 20 Jahre her sein — eine lange Kette von Enttäuschung, Leichtsinn und Not. Als Fabrikarbeiter zwar schlug er sich bloß zur Winterszeit durch, während er im Sommer tagsüber als Inzeratensammler herumließ und abends für Freibier an der Kasse eines Ringeltangelgartens saß.“

In der Fahrradfabrik waren auch zahlreiche Knaben von 13, 12 und noch weniger Jahren beschäftigt. Ihre Arbeitszeit war um keine Minute kürzer als die für Erwachsene, sogar Überstunden machten sie mit, das heißt mußten sie mitmachen. Aber ihre Lage jagt Regierungsrat Kolb: „Sie konnten einem manchmal leid tun, diese armen Kerlchen, die Tag für Tag, Stunde für Stunde über's Rad gebückt, im leiblich wie seelisch gleich ungesundem Milieu des Fabrikraals ihre Jugend verloren. Als der Mai kam und draußen der Frühling lachte und lockte, arbeitete unweit von mir ein stiller blasser Junge, dem abends, wenn es wieder gar nicht Feiertag werden wollte, wohl die Tränen über die schmalen Wangen rollten. Von anderem Schläge war ein Dankesbüschchen, das eines Tages bei uns auftauchte, gut gekleidet, Gymnastik von außerhalb, der sich ein paar Dollar zur Heimreise verdienen wollte, nachdem er sein Reisegeld in übler Gesellschaft verlumpt hatte. Ein geöffener, frecher Schlingel.“

Über die Gewohnheiten der Arbeiter in bezug auf Wäsche und Kleidung erfahren wir, daß ganz allgemein die bekannten blauen, leinernen Überkleider während der Arbeit in der Fabrik getragen werden. Die Arbeiter kamen „sogar“ mit gestärkten Hemden in die Fahrradfabrik. Die Kragen wurden während der Arbeit abgelegt und die an die Armele angehängten Manschetten zurückgeklappt. Kurz vor Feiertag war allgemeines Händewaschen. Wer mit Gummireifen hantiert und davon graue Finger hatte, griff vor der Seife in den Waselintopf, der zum Fetten der Räder dastand. „Wenn es dann wußte, (die Dampfpeife der Fabrik pffft) und die Leute sich aus den Overalls (Überkleidern) schälten, sah man ihnen den Arbeiter kaum mehr an. Viele benutzten zur Heimfahrt ihr Rad. Und mancher fuhr ab in elegantem Hut, gelben Schnürstiefeln und modisfarbenen Handschuhen, patent wie nur einer. Ungelehrte Arbeiter mit nur 1 1/2 Dollar (6,30 Mk.) Tagelohn.“ Das „Overall“ kostete 1 1/2 Dollar.

Bezüglich der Lohnverhältnisse wird mitgeteilt, daß die Fahrradfabrik den ortsüblichen Tagelohn zahlte: 1 1/2 Dollar an Erwachsene, 1/2 Dollar an Knaben, für Überstunden 20 Prozent Zuschlag. Nebenbei wurde im Montieraal viel in Akkord gearbeitet, wobei es Erwachsene auf 1 1/2 bis 1 3/4 Dollar, Knaben auf 80 Cent (3,36 Mk.) und darüber brachten. „Akkordarbeit war denn auch sehr beliebt bei uns. Nicht so in anderen Betriebsabteilungen. Ein älterer Mann, der vorübergehend mit mir zusammen wohnte, war in einem Saale beschäftigt, wo Radgestelle mit Schmirgel poliert wurden. Dort verdiente er bei Stücklohn kaum 70 Cent an Tage. Und das, obgleich ihm das scharfe Zeug die Hände blutig schneuerte. Wie es kam, daß für diese und ähnliche Arbeiter so niedrige Lohnsätze bestanden, weiß ich nicht. Doch ist mir noch öfters aufgefallen, daß Lohn und Anstrengung nicht immer proportional waren. Häufig war es gerade die härteste Arbeit, die am schlechtesten bezahlt wurde.“

Die Arbeitszeit war, wie schon bemerkt, die zehnstündige. Der Herr Regierungsrat hat als Arbeiter am eigenen Leibe bitter empfinden müssen, daß diese Arbeitszeit keine Kleinigkeit ist. Und nun gar, wenn dazu noch Überstunden kommen. Er läßt sich darüber sehr bemerkenswert wie folgt aus: „Im Laufe meiner Arbeiterzeit habe ich noch oftmals unter Überstunden geküßelt und bin mir über wenige soziale Fragen so klar geworden wie über diese. Mein Urteil kann ich zusammenfassen in den Satz, daß ich rückhaltlos eintrete für Kürzung der Arbeitszeit, so weit und so umfassend, wie sie nur irgend möglich ist. Und diese Möglichkeit reicht weiter, als Schablone und Schlandrian sich träumen lassen. So wenigstens habe ich mir von Gewerbeaufsichtsbeamten sagen lassen und — was hier noch schwerer wiegt — auch von befreundeten Großindustriellen.“

* Der Regierungsrat Kolb bemerkt mit diesen Sätzen, wie wenig er mit den Kategorien der Nationalökonomie vertraut ist. Der englische Nationalökonom John Stuart Mill hat schon vor mehr als vier Jahrzehnten konstatiert, daß die unangenehmste Arbeit am schlechtesten bezahlt wird. Er sagt: „Diejenigen, welche den größten Anteil erhalten, arbeiten nie, den nächstgrößten Anteil erhalten diejenigen, deren Arbeit fast niemand is, und so schwindet die Belohnung in demselben Verhältnis, als die Arbeit schwerer und unangenehmer wird, bis die anstrengendste und erschöpfendste körperliche Arbeit nicht mit Sicherheit darauf rechnen kann, selbst die Lebensmittel zu verdienen.“ So ist es in der Tat.

Sehr zutreffend führt er weiter aus, daß lange Arbeitszeit unrentabel ist. Überstunden steigern die tägliche Arbeitsleistung nur vorübergehend. Werden sie zur Regel, so sinkt die anfängliche Mehrleistung bald auf das frühere Niveau zurück. Umgekehrt wächst die Intensität der Arbeit mit der Verkürzung der Arbeitszeit und zwar automatisch, das heißt unabhängig vom guten Willen der Arbeiter und ohne als Mehranstrengung empfunden zu werden. Das ist durch Professor Abbés bekannte Experimente ziffernmäßig nachgewiesen. Seine Ziffern hat man angefochten. „Aber ihr Grundgedanke deckt sich ganz und gar mit meiner eigenen Beobachtung. „Daß die Zeit!“ war die allgemeine Lösung bei Überstunden, und je später wir Feierabend machten, desto langsamer ging am anderen Morgen die Arbeit von der Hand, desto mehr Bruch und Abfall gab es.“

Sehr unbefriedigend steht es nach den Darlegungen Kolbs mit der Gewerbeaufsicht und der Vaupolizei. Aufgefallen waren ihm die zweifelhafte Standfestigkeit und Feuerfestigkeit des Gebäudes, worin der Montieraal der Fahrradfabrik lag. An dem ganzen fünftägigen Riesenkasten waren nur die Umfassungsmauern massiv. Decken und Fußböden bestanden aus Holz und ruhten auf hölzernen Balken, an denen vibrierend die Transmissionen hingen. Von Holz war auch die steile Treppe, die innerhalb der Arbeitsäle durch enge, mit Falltüren versehene Lucken vom Stockwerk zu Stockwerk führte. Erst nach Wochen entdeckte er rein zufällig, daß es noch eine zweite solche Hühnerstiege in einem Seitenschliff gebe. Beleuchtet war die eine so wenig die andere. „Im Finstern tastend, stoßend, fluchend, stolperten wir abends hinunter, da die anderen Säle gewöhnlich schon vor uns Schluß machten und das Gas ausdrehen. Wie viele dabei im Falle einer Panik einmal Hals und Bein brechen werden, muß sich noch ausweisen. Gingen umgekehrt wir zuerst heim, so mußten wir im Erdgeschoß zwischen langen Bohr- und Werkzeugmaschinen durchschlüpfen, die ohne Schutzbleche, mit nacktem Räderwerk röhrenweise eng an einander standen und kaum eine schmale Gasse frei ließen, welche obendrein durch ein dichtes Gewirre surrender Treibriemen versperrt war.“

„Von Unfällen habe ich zwar, so lange ich dort war, nichts zu hören bekommen; desto empfindlicher spürte ich am eigenen Leibe den Mangel jeglicher Ventilation, die doch um so nötiger gewesen wäre, als die vom Schweißgeruch und keuchenden Atemzügen erfüllte heiße Luft der unteren Säle durch die Treppenlucken emporquoll. Wie oft, ach, hatte ich früher eingestimmt in die herkömmlichen Klagen über unsere engen, entweder überheizten oder zugigen Dienstzimmer. „Ein Bureau, das weiß ich ein jeder, der schon solchen Raum geziert, riecht zumeist nach altem Leder und wird selten ventiliert.“ Was wirklich schlechte Luft ist, lehrten mich meine hämmernenden Schläfen, wenn ich spät abends aus dem Fabrikflor schritt, auf welches Freund Franks Kreide die Spottreime Mephistos aufgemalt hatte:

Da findest du zu jeder Zeit
Gewiß Gestank und Lärmigkeit.“

Natürlich sind auch in Amerika nicht alle Fabriklokalitäten so unbefriedigend, wie die geschilderten der Fahrradfabrik und natürlich gibt es auch in Deutschland Fabriken, die in jeder Beziehung viel zu wünschen übrig lassen. Es sind also hier wie dort sehr verbesserungsbedürftige Verhältnisse, an deren Beseitigung die Arbeiter in erster Linie arbeiten müssen.

Was die Art der Lebenshaltung, die Ernährung, Wohnung, Kleidung etc. betrifft, ferner die Kosten derselben, so berichtet Kolb von großer Verschiedenheit; aber das eine geht daraus hervor, daß auch in Amerika viel Not, Dürftigkeit und Niedrigkeit vorhanden ist und ein tiefstehendes Proletariat dort lebt. Inwieweit aber die Gewerkschaften verbreitet sind und Einfluß erlangt haben, und das dürfte heute doch schon in erheblichem Maße der Fall sein, sind die Arbeits- und Lohnverhältnisse nicht unbefriedigend. Abgesehen von diese Verhältnisse in der Fahrradfabrik, in der Regierungsrat Kolb arbeitete, so gute wie in einer deutschen Fahrradfabrik.

Mittagsessen kann man um 10, 15 und 20 Cent in den Arbeitermischungen haben, ebenso Morgen- und Abendessen, wobei mittags und abends an Fleisch kein Mangel ist. Logis kann ein lediger Arbeiter um 1 Dollar haben. Verheiratete Arbeiter zahlen für eine Wohnung von 4 Räumen meistens 5 Dollar, gleich 25 Mk. „In Berlin zahlt der Arbeiter für nur 1 Zimmer oder 2 Zimmer mit Kammer und Küche durchschnitts 30 Mk. und das im Hinterhaus einer hochgeheizten, überfüllten Mietskasernen ohne hinreichende Aborte, ohne bequeme Ausgussbetten, ohne Treppenventilation.“ bemerkt der Verfasser vergleichsweise dazu. Konjunktionszüge kann man um 4, 5, 6 Dollar haben. Schuhe um 2 Dollar von recht solider Art. Recht interessant ist eine Tabelle der Lebensmittelpreise, in der der Verfasser die Preise von Chicago und Berlin neben einander stellt. Mit Ausnahme von Kaffee und Käse und sodann bezüglich der höchsten Preise der Butter, Eier und Kartoffeln ist alles erheblich billiger in Chicago als in Berlin. So kostet pro Pfund: Suppenfleisch in Chicago 14 bis 19 Pf. (Berlin 50 Pf.), Schmorbraten 23 bis 42 (60 bis 65), Hackfleisch 33 bis 47 (60), Roastbeef 47 bis 56 (65 bis 70), Filet 70 bis 93 (80 bis 100), Rippe 37 bis 47 (70 bis 75), Schinken roh 28 bis 56 (120 bis 140), gelocht 112 (120 bis 130), Kalbfleisch 47 bis 65 (60 bis 70), Truthahn 42 bis 56 (90 bis 110), Huhn 33 bis 51 (80 bis 100), Gans 37 bis 56 (55 bis 65), 1 großer Hase 147 (250 bis 300), 1 kleiner 63 Pf. u. i. w. Man lebt also in Amerika billiger und kann auch besser leben als in Deutschland.

Der Regierungsrat Kolb hat als Arbeiter in Amerika manches erlebt und noch mehr beobachtet und er hat ein gutes Buch geschrieben. Bei dem großen Einfluß, den in Deutschland noch immer die Bureaucratie hat, wäre dringend zu wünschen, die Beamten würden das Beispiel ihres Kollegen Kolb nachahmen. Sie würden dann das arbeitende Volk anders behandeln und behandeln lernen und der berüchtigte bürocratische Unersinnlichkeit würde dadurch erheblich eingedämmt werden.

Der französische Gewerkschaftskongreß.

Die Delegierten der in der französischen Gewerkschaftskommission (Confédération Générale du Travail) vereinigten Syndikate und Arbeitsbörsen versammelten sich heuer in Bourges, der Hauptstadt des im Zentrum Frankreichs gelegenen Departement du Cher. Mit seinen Vorgängern verglichen, war dieser Kongreß überaus zahlreich besucht, was wohl ein gut Teil der günstigen Lage des Kongressortes zuzuschreiben ist. Diesmal galten zum ersten Male für die Zulassung der Delegierten die Beschlüsse des Montpellier Kongresses: es konnten nur Syndikate Zutritt erhalten, die einerseits an eine Arbeitsbörse und andererseits an die jeweilige nationale Zentralorganisation angeschlossen sind. Die Ausführung dieses Beschlusses verlangte eine strengere Nachprüfung der Mandate, die zwei volle Tage in Anspruch nahm. Diese Arbeit hätte wie anderwärts in einigen Stunden erledigt werden können, wenn die Vorbereitung und Organisation des Kongresses eine bessere gewesen wäre. Die Größe des Verlustes der zwei Tage zeigt sich erst ganz, wenn man die hällige Erledigung der Fragen sieht, die gerade jetzt eine gründliche Diskussion erheischt hätten. Dann war die Tagesordnung sehr überlastet; die fünfzehn Punkte zu erledigen wäre unmöglich gewesen, auch wenn die Delegierten die vollen sechs Tage hätten diskutieren können.

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission waren rund 400 Delegierte anwesend, die 1177 Mandate besaßen. Bemerkenswert ist, daß die Organisationen der Waldarbeiter und die der Landarbeiter stark vertreten waren, die eine mit 43, die andere mit 30 Mandaten. Von unsern Bruderverbänden waren die Metallarbeiter, die Maschinenschlosser und die Mobellschlosser vertreten.

Am Mittwoch den 18. September, nachmittags, war endlich die Prüfung der Mandate beendet und die Diskussion des Berichtes des Vorstandes (Comité fédérale) der Gewerkschaftskommission konnte begonnen werden. Aus dem Bericht sei wiedergegeben, daß die Zahl der an die Gewerkschaftskommission angeschlossenen Verbände auf 52 gestiegen ist. Diese haben 1772 Syndikate. Wieviel diese Mitglieder in sich bergen, wird nicht gesagt; ergatte Ziffern hierüber sind nach Lage der Dinge nicht zu erhalten. Außerhalb der Zentralorganisation stehen noch eine Anzahl Verbände und lose Gruppen, denen entweder wie den Bergarbeitern, aus irgend welchen Gründen der Zutritt verweigert wurde, oder die keinen Vorteil wahrzunehmen wollen oder können, sich durch die Zentrale mit ihren anderen Kameraden zu vereinigen.

Die Diskussion des Berichtes währte anderthalb Tage. Entsprechend ihren Resultaten könnte man der langen Debatte nur wenige Worte widmen. Der Wortreicht drehte sich in der Hauptsache um die Haltung des Vorstandes und um die Haltung des Zentralorgans, der „Voix du Peuple“. Die Erläuterung dieses Wortreichtes seit Urbeginn paßt nicht in den Rahmen eines Kongressberichtes. Nur soviel sei wiedergegeben, als zur Aufhellung der Sache gerade notwendig ist, und weil auch die folgenden Diskussionen dadurch leichter verständlich sind.

Die moderne französische Gewerkschaftswelt ist in zwei Lager gespalten: in anarchisierende Nur-Gewerkschafter und — wir möchten sagen — Gewerkschafter nach deutschem Vorbild. (Wir meinen mit den letzteren solche, die die politische und gewerkschaftliche Tätigkeit befürworten.) In Frankreich nennt man die beiden Arten: Libertaires und Reformisten. Die Meinungsdivergenz zwischen beiden pläzt bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit hervor, ja jede wichtigere Frage spitzt sich zu einem Kampfe zwischen beiden zu. In der Leitung der Konföderation haben die Anarchisten das numerische Übergewicht. Ob dieses durch die Zahl ihrer Anhänger in der Mitgliedschaft gerechtfertigt ist, ist sehr fraglich. Das eine ist gewiß: die Majorität des leitenden Komitees vertritt ihre Ansicht in der Zeitung breit und energisch, in einer Weise, als wenn die gesamten Organisationen meinungsversandt wären. Wie im Organ, so geschieht es auch anderwärts, beispielsweise bei der Propaganda der Konföderation. Die Vorwürfe der „Reformisten“ gegen das leitende Komitee waren so uneben nicht. Nach langer Debatte wurde der Bericht und die Haltung mit 825 gegen 369 Stimmen gutgeheißen.

Der nächste Punkt betraf die proportionelle Vertretung. Der Antrag der Reformisten wurde abgewehrt durch den Beschluß, nur fünf Delegierte für und fünf dagegen sprechen zu lassen. Schließlich wurde noch durch eine Nachsitzung versucht, die verlorene Zeit wieder teilweise einzubringen. Von der Entscheidung der Frage hing viel ab. Auf sie konzentrierte sich die ganze Aufmerksamkeit und Energie der Delegierten, sie war — wie ein Kamerad treffend sagte — der „clou“ des Kongresses. Fünf Gruppen hatten dazu Anträge gestellt, die in der Form auseinandergingen, sachlich aber eines bezweckten: Vertretung im Kongreß und in der Konföderation gemäß der Zahl der Mitglieder. Die Proporzfrage konnte für ihre Anträge schließlich etwas neues vorbringen; für sie sprachen übrigens die Selbstverständlichkeit. Und ihre Gegner bewegten sich mit ihren Argumenten in den ausgetretenen Geleisen der anarchisierenden Logik. Argumentierten die Proporzgegner, es sei nicht mehr denn billig, daß jede Branche gemäß der Zahl ihrer Mitglieder vertreten sei, und daß die Majorität sich nicht von der Minorität bestimmen lassen könne, so antworteten die Proporzgegner, daß sich aber auch die Minorität nicht unterdrücken lassen könne. Führten die einen an, die proportionale Vertretung sei in den deutschen und englischen Gewerkschaften seit langem in bewährtem Gebrauch, so entgegneten die anderen: „in puncto Fakti sind wir den Anglo-Saxonen überlegen und es ist zu wünschen, daß sie uns nachahmen“ (qu'ils s'inspirent de ce que nous faisons). Dann halten es die Proporzgegner für fast unmöglich, die Vertretung nach der Zahl der Mitglieder bestimmen zu können, weil der Sekretär der Arbeitsbörsen diese nicht kennen könne. Jedes Syndikat verabschiede seine Schwäche sehen zu lassen: „ist die Gruppe schwach, so will es seine Ohnmacht verdecken, und ist sie stark, so wünscht sie nicht, daß man ihre reale Macht lenne.“

Der Debatte schloß brachte folgendes Resultat: für die proportionelle Vertretung 379 Stimmen, dagegen 825.

Vergleicht man diese Abstimmung mit der über den Bericht des Vorstandes der Konföderation, so ist das Stimmverhältnis auffallend, es paßt fast die gleichen Ziffern. Hier wie dort standen sich wiederum die zwei Tendenzen gegenüber. Und besteht man sich die Stimmabgabe der Branchen im besonderen, so sieht man dort die nämliche Stimmzahl für den Bericht des Vorstandes abgegeben wie hier gegen die proportionelle Vertretung, und umgekehrt. Diese Tatsache könnte einem fast glauben machen, man habe das Resultat der ersten Abstimmung auch gleich für die zweite gelten lassen. Zusammen haben die Freunde des Proporz keine Ursache, über den Ausgang der Debatte betrübt zu sein. Im Gegenteil! Sie haben einen stattlichen Zuwachs erhalten. Konnten sie auf dem Gewerkschaftskongreß in Lyon nur erst 26 Stimmen sammeln und in Montpellier schon 76, so diesmal 379.

Die Debatte über den „Achtstundentag“ verlief ruhig. In der für diese Frage bestimmten Kommission fanden sich zwei Meinungen gegenüber. Die eine vertrat in dieser Sache mehr auf die Befehlsgebung, die andere nur auf die gewerkschaftliche Aktion, die Agitation gegen das Unternehmertum und die äußere Profession auf die öffentliche Macht.“ Es gelangte schließlich folgende Resolution zur Annahme: „Der Kongreß beauftragt die Gewerkschaftskommission, eine intensive Agitation zu entfalten, damit am 1. Mai 1906 die

Arbeiter von selbst aufhören, mehr als acht Stunden pro Tag zu arbeiten.“ — Eine Anzahl weniger wichtiger Fragen kamen noch zur Erledigung. Sie hier besonders zu erörtern erübrigt sich. Nachdem noch als nächster Kongressort Amiens bestimmt worden war, gingen die Delegierten unter den Klängen der International auseinander. Chagrin

Der russische Zolltarif.

In der Boffischen Zeitung werden Angaben eines erfahrenen Geschäftsmannes über den neuen russischen autonomen Zolltarif mitgeteilt, die die Lage, in die Deutschland durch die Wilsonsche Hochschuldbillerei gebracht worden ist, grell beleuchten. Bekanntlich hat Wilso durch die ungunigen Erhöhungen der Zölle im neuen Zolltarif den Anlaß gegeben, daß Rußland und die anderen Staaten ihre Zölle ebenfalls entsprechend erhöhen oder erhöhen wollen. Das Ausland wird, wenn es Handelsverträge mit Deutschland abschließen will, die Zölle seiner neuen autonomen Tarife zwar herabsenken müssen, aber auch die Handelsvertragszölle werden in der Hauptsache eben doch höher ausfallen, als die Zölle der bisherigen Handelsverträge.

Der neue autonome Tarif Rußlands nun belastet die Eisenindustrie mit Zöllen, die zum Teil tatsächlich einem Einfuhrverbot gleichkommen. Der Gewährsmann des genannten Berliner Blattes führt folgende Beispiele an:

Stabeisen: Exportpreis am Erzeugungsort in Oberschlesien 10 Mk. für 100 Kilogramm; der in Rußland genommene russische Eingangszoll beträgt 1,08 Rubel per Pud oder 14 Mk. per 100 Kilogramm, das sind 140 Prozent des Materialpreises.

Raffineisen und Träger: Exportpreis am Erzeugungsort in Oberschlesien 9,50 Mk. für 100 Kilogramm; der in Rußland genommene russische Eingangszoll beträgt 1,53 Rubel per Pud oder 19,80 Mk. für 100 Kilogramm, das sind 208 Prozent des Materialpreises.

Eisenbleche haben am Erzeugungsort in Oberschlesien einen Exportpreis von 11,50 Mk. per 100 Kilogramm; der in Rußland genommene russische Eingangszoll beträgt 1,53 Rubel per Pud oder 19,80 Mk. für 100 Kilogramm, das sind 175 Prozent des Materialpreises.

Schon bei den jetzt geltenden Zöllen kommt, da die russische Konkurrenz immer mehr erstarkt, nur noch sehr wenig Eisenmaterial zur Ausfuhr nach Rußland. In Rußisch-Polen wird Eisen (Stabeisen) zu 1,10 Rubel per Pud oder 14 Mk. für 100 Kilogramm von den Werken abgegeben (im Innern Rußlands zu 1 Rubel per Pud), Raffineisen und Träger zu 0,90 Rubel per Pud oder 10,50 für 100 Kilogramm (im Innern Rußlands zu 0,65 Rubel per Pud), Eisenbleche zu 1,25 Rubel per Pud oder 16,20 Mk. für 100 Kilogramm. Der jetzige Zoll auf Eisenbleche beträgt 13 Mark für 100 Kilogramm, so daß dem deutschen Exporteur, der zum Konkurrenzpreis von 1,25 Rubel per Pud oder 16,20 Mk. für 100 Kilogramm liefern wollte, nach Abzug des Zolles 3,20 Mk. für 100 Kilogramm für Eisenbleche übrig bliebe, die ihm selbst 11,50 Mk. kosten. Das ist ein Verlust von 8,30 Mk. für 100 Kilogramm, und diesen Verlust will der russische Tarif noch auf 15,10 Mk. für 100 Kilogramm steigern, indem er den Zoll um 6,80 Mk. erhöht!

Dem deutschen Lieferanten würde, wenn er Eisen zum Konkurrenzpreis des russischen Werkes nach Rußland zu 1,10 Rubel per Pud oder 14 Mk. für 100 Kilogramm liefern, nach Abzug des gegenwärtigen Zolles von 10 Mk. für 100 Kilogramm vom Kaufpreis nur 4 Mk. für 100 Kilogramm übrig bleiben, das Material muß er mit 10 Mk. für 100 Kilogramm kaufen, so daß ihm ein Verlust von 6 Mk. für 100 Kilogramm erwächst. Ein solches Ergebnis verbietet von selbst den Abschluß von Geschäften in diesem Artikel nach Rußland. Bei dem neuen Zoll von 1,08 Rubel per Pud oder 14 Mk. für 100 Kilogramm müßte der deutsche Lieferant dem russischen Verbraucher das Material ganz schenken; denn der Zoll beträgt genau so viel wie der Preis des Materials in Rußland auf dem Werte. Dabei ist nicht einmal die Fracht berücksichtigt.

Eisen- und Stahlfabrikate, die bis jetzt, bearbeitet unter 5 Pfund pro Stück, einem Zoll von 3,30 Rubel per Pud oder 42,60 Mk. für 100 Kilogramm, über 5 Pfund pro Stück einem Zoll von 2,10 Rubel per Pud oder 28 Mk. für 100 Kilogramm unterworfen waren, sollen von jetzt ab einen einheitlichen Zoll von 5,58 Rubel per Pud oder 72 Mk. per 100 Kilogramm zahlen. Zu dieser Kategorie gehört unter anderen der Artikel rohgeschmiedete Flugschare, Stücke über 5 Pfund. Dieser Artikel wird hier zum Preise von 24 Mk. für 100 Kilogramm verkauft, soll aber einem Zoll von 72 Mk. für 100 Kilogramm unterliegen, also mit einem Wertzoll von 300 Prozent belastet werden. Stücke unter 5 Pfund, wie geschmiedete Muttern, Muttergeschrauben, auch Eisenbahnamaterial, alles Artikel, die sich im Preise loco hiesiger Fabrik auf 25 bis 30 Mk. für 100 Kilogramm stellen, aber ebenfalls einem Zoll von 72 Mk. für 100 Kilogramm unterliegen sollen, würden, mit einem Wertzoll von 200 Prozent belastet sein. Gußeisener bearbeitete Fabrikate, die hier mit 20 Mk. für 100 Kilogramm verkauft werden, sollen ebenfalls einem Zoll von 72 Mk. für 100 Kilogramm unterliegen, also mit einem Wertzoll von circa 360 Prozent belastet werden. Handwerkzeuge, die bis jetzt einem Zoll von 1,65 Rubel per Pud oder 22 Mk. für 100 Kilogramm unterliegen, sollen jetzt 3,30 Rubel per Pud oder 42,60 Mk. für 100 Kilogramm Zoll kosten. Anbohrer liefert der deutsche Fabrikant zum Export mit 36 Mk. für 100 Kilogramm. Der Zoll darauf soll 3,30 Rubel per Pud oder 42,60 Mk. für 100 Kilogramm betragen, also 120 Prozent des Inlandpreises. Der Artikel selbst wird drüber jetzt schon mit 3,25 Rubel per Pud geliefert, und wenn in Zukunft darauf ein Zoll von 3,30 Rubel bezahlt werden soll, so müßte man dem Käufer nicht nur die Ware schenken, sondern noch 5 Kopelen zahlen und die Fracht tragen.

Eisen- und Metallbearbeitungsmaschinen, in Betracht kommen hauptsächlich Werkzeugmaschinen, zahlten bisher einen Zoll von 2,10 Rubel per Pud oder 28 Mk. für 100 Kilogramm; in Zukunft sollen sie einem Zoll von 5,58 Rubel per Pud oder 72 Mk. für 100 Kilogramm unterworfen sein. Maschinen wie Drehbänke, Hobelmaschinen etc. in mittlerem Gewicht werden hier zum Preise von durchschnittlich 45 Mk. für 100 Kilogramm geliefert. Bei jenem Zoll von 28 Mk. für 100 Kilogramm stellt dieser eine Belastung von 60 Prozent des Lokopreises dar; der neue Zoll von 72 Mk. für 100 Kilogramm unterwirft diese Maschinen einer Versteuerung von 160 Prozent des Inlandpreises. Dynamomaschinen und Transformatoren, die jetzt 2,10 Rubel per Pud oder 28 Mk. für 100 Kilogramm Zoll zahlen, sollen jetzt einem Zoll von 10,20 Rubel per Pud oder 132 Mk. per 100 Kilogramm unterliegen, also eine Zollserhöhung von circa 400 Prozent erfahren.

Zur Aufrechterhaltung eines leidlichen Verkehrs mit Rußland ist eine Ermäßigung des jetzt geltenden Zolles um 50 Prozent geboten, Rußland würde sich durch ein solches Zugeständnis durchaus nichts vergeben, und der russische Schutzoll bliebe auch dann immer noch hoch genug. Für das Ausland würde sich das Geschäft in der Regel auf Artikel beschränken, die in Rußland nicht hergestellt werden, und in solchem Falle könnte dem russischen Verbraucher oder Händler die Höhe des Zolles nichts nützen.

Selbst für den Fall, daß sich Rußland zur Ermäßigung der jetzt geltenden Zölle um 50 Prozent bequem, wäre das Zugeständnis immer noch klein; denn die russische Regierung hat für ihre eigenen Bedürfnisse — Eisenbahnen, Bergwerke etc. — den Hauptbedarf an Eisen- und Stahlmaterial, Maschinen und Werkzeugen und schreibt den Lieferanten vor, daß alle Anschaffungen russisches Fabrikat sein müssen. Am letzten Ende aber müßten die enormen Schutzzölle die russische Industrie selbst schädigen; sie hätte dann keine Betätigung mehr, sich auf rationelle Arbeit einzurichten; jeder Erzie, auf der Höhe der Zeit zu bleiben, ginge in Ermangelung der stets rührigen Konkurrenz des Auslandes verloren.

Der Gewährsmann der Boffischen Zeitung hält also eine 50 prozentige Herabsetzung des jetzigen Zolles auf Eisenprodukte im Interesse der deutschen Ausfuhr für nötig, Rußland

will aber die jetzigen Eisenzölle noch um 100, 200, 300 und mehr Prozent erhöhen, wozu ihm ja Deutschland selber durch die kolossale Erhöhung seiner Zölle den Anlaß oder wenigstens den Vorwand gegeben hat. Offenbar wäre zwischen beiden Extremen der einzige Ausweg der, daß es bei den jetzigen Zöllen sein Bewenden hätte. Die Konsequenz dessen wäre, daß schon vom Standpunkt der deutschen Eisenindustrie aus der neue Handelsvertrag mit Rußland vom Reichstag abgelehnt werden muß, wenn er die Eisenzölle erhöht. Er wird aber voraussichtlich nicht nur diese, sondern auch die Zölle auf andere Waren erhöhen. Wenn nun selbst liberale Blätter die Annahme des russischen Handelsvertrages dennoch empfehlen und die Sozialdemokratie angreifen, weil diese von einem solchen Handelsvertrag nichts wissen will, so zeigt das, daß der Liberalismus nicht einmal in seinen eigenen wirtschaftlichen Angelegenheiten den Mut der Konsequenz hat. Die Boffische Zeitung meint zwar selber:

„Es ist nur zu wahrscheinlich, daß die Mitteilungen über den Inhalt des neuen Vertrags mit Rußland insofern dem Sachverhalt entsprechen, als die Erhöhung der deutschen Agrarzölle mit einer Erhöhung der russischen Industriezölle bezahlt werden soll. Die Kosten des Erfolges, dessen sich der deutsche Reichskanzler rühmen können, hätten daher Handel und Industrie zu tragen. Ehe der Beweis erbracht ist, daß Graf Witlow eine Erhöhung der russischen Zölle auf deutsche Erzeugnisse nicht zugeben, daß er vielmehr die dringend erforderliche Ermäßigung der jetzt geltenden Zölle, die Erleichterung des deutschen Absatzes nach Rußland erwirkt hat, ehe dieser Wunsch zur Tatsache geworden ist, liegt nicht einmal für eine agrarische Regierung ein Anlaß vor, sich zu beglückwünschen, daß sie auf Grund der Mindestzölle des Tarifgesetzes zu Handelsverträgen gelangt. Denn Handelsverträge, die den Warenaustrausch nicht fördern, sondern hemmen, enthalten nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung des bisherigen Zustandes.“

Über den natürlichen Schluß daraus, daß ein schlechter Handelsvertrag eben abgelehnt werden muß, wenn die Opposition gegen ihn einen vernünftigen Zweck haben soll, diesen Schluß zieht das Blatt nicht. Und wie dieses, so die anderen führenden Blätter des Freisinn und des Liberalismus überhaupt.

Neue Unternehmerverbände.

Die in Remscheid erscheinende Deutsche Metallindustrie-Zeitung veröffentlicht das Statut eines Arbeitgeberverbandes der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Der Verband hat seinen Sitz in Düsseldorf und umfaßt die Bezirke von Rheinland (ohne das Saar- und Moselgebiet), Westfalen, Nassau und Luxemburg. Er ist der „Hauptstelle“ deutscher Arbeitgeberverbände in Berlin angeschlossen. Damit ist seine Tendenz ohne weiteres gekennzeichnet. Wir halten es aber trotzdem für nützlich, die hauptsächlichsten Bestimmungen seines Statuts im Wortlaut mitzuteilen, weil daraus unumwiderleglich hervorgeht, welcher Terrorismus von diesem Unternehmerverein auf seine Mitglieder ausgeübt wird. Das Recht des „Peru in Hause“ ist dadurch, soweit es sich um die Arbeitsverhältnisse handelt, vollständig aufgehoben. Der Zweck des Verbandes wird wie folgt bestimmt:

„2. Der Verband hat zum Zweck: a) friedliche und freundliche Beziehungen zwischen den Verbandsmitgliedern und ihren Arbeitern herbeizuführen und zu bewahren; b) unberechtigte Anforderungen der Arbeitnehmer gegen ihre Arbeitgeber zurückzuweisen und den Verbandsmitgliedern bei den in Folge dieser Zurückweisung etwa entstehenden Arbeiterbewegungen Unterstützung und Schutz zu gewähren; c) Arbeitswillige gegen Anfeindungen zu schützen; d) nach Bedürfnis Arbeitsnachweise einzurichten und zu unterhalten; e) auf die Einführung der Streikklausel in den Verträgen der Verbandsmitglieder hinzuwirken; f) den Rechtsschutz der Verbandsmitglieder in Angelegenheiten von allgemeiner Bedeutung zu übernehmen.“

Dieser Paragraph, besonders aber alinea a wird erst recht verständlich, wenn man die weiteren Paragraphen zur Kenntnis genommen hat:

§ 3. Mitglied des Verbandes kann jede eisen- und stahlindustrielle Firma werden, die im Verbandsgebiet ihren Sitz oder einen Betrieb hat.

Derjenige, der seine Aufnahme beantragt, hat sich gleichzeitig schriftlich zu verpflichten, den Satzungen und den gemäß den Satzungen ergehenden Erträgen der Verbandsorgane Folge zu leisten. Die Aufnahme erfolgt durch den Vorstand.

§ 4. Der Austritt steht jedem Mitglied nach vorheriger sechsmonatlicher Ankündigung frei. Auch nach erfolgter Kündigung ist jedes Mitglied verbunden, den Satzungen und den Beschlüssen der Verbandsorgane bis zu seinem wirklich erfolgten Austritt Folge zu leisten. Ist zur Zeit des Austritts bei einem Mitglied des Verbandes ein Ausstand oder sonst eine Arbeiterbewegung im Gange, hinsichtlich deren der Verband in Tätigkeit getreten ist, so darf der Austritt erst 14 Tage nach Beendigung der Unterstützungaktion des Verbandes erfolgen.

Der Ausschuss eines Mitglieds kann durch Beschluß des Ausschusses erfolgen, wenn das Mitglied die Verbandszwecke gröblich schädigt, wenn es sich weigert, den Satzungen oder den gemäß den Satzungen an ihm ergehenden Erträgen der Verbandsorgane zu leisten, oder wenn es, trotz Aufforderung, sich weigert, die auf ihn entfallenden Beiträge zu zahlen. Zu dem Beschluß auf Ausschließung eines Mitglieds ist Zweidrittelmehrheit der Anwesenden erforderlich.

§ 11. Jedes Mitglied hat mindestens eine Stimme in der Hauptversammlung. Mitglieder, die mehr als 100 Mk. Jahresbeitrag zahlen, erhalten für jede angefangenen weiteren 100 Mk. Beitrag eine Stimme mehr.

§ 13. Jedes Mitglied ist verpflichtet, dem Verband die von der Hauptversammlung oder dem Ausschuss beschlossenen Nachrichten, Nachweisungen und Anzeigen zu den bestimmten Terminen zu erstatten, die festgesetzten Beiträge zu entrichten, den gemäß den Satzungen an ihn ergehenden Erträgen des Vorstandes Folge zu leisten.

§ 14. Jedes Mitglied ist berechtigt, den Rat der Verbandsorgane in allen in deren Geschäftsbereich fallenden Angelegenheiten in Anspruch zu nehmen, die Hilfe des Verbandes bei Arbeiterbewegungen, die in seinem Betrieb entstehen, anzurufen, über deren Gewährung in jedem einzelnen Falle gemäß § 16 ff. entschieden wird, den Arbeitsnachweis zu benutzen, die Hilfe des Verbandes bei Wirtschaftskrisen (§ 2 f.) in Anspruch zu nehmen.

§ 15. Jedes Mitglied hat nach Maßgabe der im Vorjahr der Berufsgenossenschaft angemeldeten Löhne und Gehälter beim Beginn des Geschäftsjahres einen Jahresbeitrag von 1/2 % (50 Pf. pro tausend Mark Löhne) zu leisten.

Der Ausschuss ist berechtigt, im Bedarfsfall den Jahresbeitrag bis auf 5 % zu erhöhen und sofort einzuziehen oder eine Ermäßigung der Beiträge zu beschließen.

§ 16. Jedes Mitglied ist verpflichtet, von jedem bei ihm ausgebrochenen Ausstand dem Vorstand unverzüglich Kenntnis zu geben, auch ihm eine schriftliche Darstellung der Gründe zum Streik und der etwaigen Verhandlungen mit den Arbeitern mitzuteilen. Darauf wird ihm der vorläufige Schutz des Vorstandes zuteil. Dieser Schutz besteht, abgesehen von der Vertretung der Interessen des Mitglieds gegenüber den Behörden und dem Publikum, darin, daß die Verbandsmitglieder verpflichtet sind, die ausstehenden Arbeiter nicht in ihre Betriebe aufzunehmen. Der Vorstand ist berechtigt, jede ihm erforderlich erscheinende weitere Auskunft von dem betreffenden Mitglied zu verlangen.

Lehnt das Mitglied die Auskünfte ab, so verzichtet es damit auf den Schutz des Verbandes.

Hält der Vorstand die Forderungen der Arbeiter für ganz oder teilweise berechtigt, so wird er dem Mitglied seinen Rat erteilen. Lehnt das Mitglied die Befolgung des Rates ab, so entscheidet auf seinen Antrag der Ausschuss. Berufst das Mitglied den Ausschuss nicht oder lehnt es ab, dem Beschluß des Aus-

schusses zu folgen, so verzichtet es damit auf den Schutz des Verbandes.

In besonderen Fällen ist der Vorstand befugt, die Angelegenheit, in der das Mitglied seinen Rat ablehnt, von sich aus dem Ausschuss vorzulegen. Lehnt das Mitglied es dann ab, dem Rate des Ausschusses zu folgen, so gilt es als aus dem Verband ausgetreten; eine Kündigungsfrist besteht in diesem Falle nicht.

Alle Erklärungen sind binnen 24 Stunden abzugeben; der Beschluß des Ausschusses ist binnen drei Tagen nach seiner Anrufung zu fassen. In den Verhandlungen im Vorstand und Ausschuss ist das Mitglied teilzunehmen befugt; die Beschlußfassung findet in seiner Abwesenheit statt.

Wird der Ausstand als unberechtigt anerkannt, so ist dem Mitglied auf seinen Antrag der Schutz des Verbandes weiter zu gewähren.

§ 17. Hält ein Mitglied die Ausprägung seiner Arbeiter für notwendig, so hat es sich deswegen vorher mit dem Vorstand ins Benehmen zu setzen. Kommt eine Übereinstimmung nicht zustande, so verzichtet das Mitglied bei seinen Maßnahmen auf den Schutz des Verbandes. Die Absätze 3 bis 5 des § 16 finden entsprechende Anwendung.

§ 18. Wird gegen ein Mitglied ein Boykott ausgesprochen, so ist ihm die vorläufige Unterstützung des Verbandes zur Verfügung zu stellen. Der Vorstand ist aber befugt, die Ursachen des Boykotts zu prüfen und dem Mitglied seinen Rat zu erteilen. Lehnt das Mitglied die Befolgung des Rates ab, so verzichtet es § 16 damit auf weitere Unterstützung; die Absätze 3 bis 5 des § 16 finden entsprechende Anwendung.

§ 20. Mitglieder, die in ihrem Betrieb durch Ausstand, Aussperrung oder Boykott behindert sind und bei denen der Ausstand für unberechtigt, die Aussperrung für berechtigt erklärt worden ist, können eine Unterstützung aus Vereinsmitteln nach Maßgabe der von der Hauptversammlung jeweils für ein Jahr genehmigten Grundsätze beanspruchen.

§ 21. Ergeben sich besondere Maßnahmen als notwendig, so ist darüber vom Ausschuss zu beschließen; die Beschlüsse des Ausschusses bedürfen der Genehmigung der Vereinsversammlung.

§ 22. Der Vorstand wird sich bemühen, besondere Vereinbarungen unter den einzelnen Gewerdeguppen über ein einheitliches und gleichmäßiges Verfahren bei Arbeiterbewegungen herbeizuführen. Die Beschlüsse dieser Gewerdeguppen bedürfen der Zustimmung des Ausschusses.

§ 23. Der Vorstand ist verpflichtet, für den Schutz der Arbeitswilligen in Arbeiterbewegungen nach Kräften zu sorgen und alle dazu dienlichen Mittel anzuwenden.

Die Mitglieder haben sich zu verpflichten, Arbeitswillige, die sie während einer Arbeiterbewegung in ihren Betrieb eingestellt haben, während dieser Bewegung und drei Monate nachher nicht ohne Zustimmung des Vorstandes zu entlassen, sofern nicht einer der gesetzlichen Gründe vorliegt, der zu sofortiger Entlassung des Arbeiters berechtigt.

§ 24. Der Verband errichtet und unterhält nach Bedürfnis für seine Mitglieder Arbeitsnachweise nach Maßgabe der besonderen dafür erlassenen Ordnung, die von jedem Mitglied als für sich verbindlich schriftlich anzuerkennen ist.

§ 25. Der Vorstand wird sich bemühen, eine Einigung unter den einzelnen Berufsgruppen über die Anwendung der Streikklausel herbeizuführen. Ist eine solche Einigung erfolgt, so hat der Vorstand deren Innehaltung zu beaufsichtigen.

Dieses „Friedensinstrument“ dieses Unternehmerverbandes, das einer weiteren Kritik an dieser Stelle nicht bedarf.

Außer diesem Provinz-Zentralverband existiert auch noch ein Verband von Unternehmern im Kreise Solingen, der nicht bloß die dortige Stahlwarenindustrie umfaßt, sondern seine Fangarme auf alle gewerblichen Betriebe ausstreckt. Natürlich bezweckt auch dieser Verband neben der Vertretung seiner Mitglieder nur eine „Festigung des friedlichen Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern“. Doch diese modernen Taktisches können die Arbeiter nicht mehr täuschen. In einer unter dem Vorsteh der Fabrikanten Hugo Schaller abgehaltenen Versammlung wurde noch bemerkt, daß in Kürze ein Kontrollverhältnis zu dem Verband von Arbeitgebern im bergischen Industriebezirk zu Eberfeld, dem Arbeitgeberverband von Remscheid und Umgegend, dem Kronenberger Fabrikantenverein eingehen und seinen Anschluß an die Berliner „Hauptstelle“ vollziehen werde.

An die Arbeitgeber der Kreise Hagen und Schwelm wurde Ende August ein Zirkular versandt, in dem sie zum Beitritt in den für diese Kreise gegründeten Arbeitgeberverband aufgefordert wurden. Unterzeichnet ist das Zirkular mit wenigen Ausnahmen nur von Unternehmern der Eisen- und Metallindustrie. Den Unternehmern wird in dem etwas konfuse Zirkular ordentlich gruselig vor der „Sozialdemokratie“ (gemeint sind immer die Gewerkschaften) gemacht. „Der Kampf gegen den Streikterrorismus kann und muß geführt werden durch die Vereinigungen der Fachgenossen auf der einen Seite und durch allgemeine lokale Verbände auf der anderen Seite, die in der Lage sind, durch eine ruhige und sachgemäße Untersuchung der Gründe (?) der Unzufriedenheit und durch Erteilung von Ratschlägen bei Streiktätigkeiten Streiks im Erlichen zu ersticken. Dazu eignen sich selbstredend solche Personen am besten, welche Land und Leute und die besonderen Verhältnisse gut kennen. Solche auf Veruhigung hingelenkten Bestrebungen geeigneter Männer haben auch früher nicht gefehlt, sie sind aber vielfach daran gescheitert, daß den Arbeitern mit Hinweis auf die Macht ihrer Organisation für eine kurze Zeit des Kampfes und der Entbehrung ein glänzender Lohn vorgegaukelt wurde. Dies wird anders wirken, wenn die Vermittler (?) auch auf machtvolle Kampfmittel der Gegenpartei hinweisen können. Die bisher vielfach vertretene Ansicht, daß die mittleren Industriezweige, besonders unserer Gegend, wegen der guten Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Gefahr eines Streiks wenig ausgeführt sind, ist durch die Tatsachen widerlegt. Der große Streik in Herten ist noch allgemein in der Erinnerung; in Solingen haben wiederholt die Schleifer gestreikt, in Mülpe und Dahlerbück sind ganz ohne Veranlassung Arbeits-einstellungen vorgekommen. Die größte Gefahr liegt jedoch darin, daß fast der über ganz Deutschland sich erweiternden Organisation der Sozialdemokratie auch an solchen Orten Streiks eingeleitet werden können, wo sichtbare Gründe gar nicht vorliegen. Daß aber die Sozialdemokratie auch in Hagen und Schwelm die Macht über viele Arbeiter erlangt hat, beweisen die Ziffern der letzten Reichstagswahlen, wenn auch keineswegs anzunehmen ist, daß alle Wähler des Herrn Timm überzeugte Sozialdemokraten sind. Es ist uns das Bedenken ausgesprochen worden, daß durch die Gründung reiner Arbeitgeberverbände die Arbeiter, welche bisher der Sozialdemokratie sich ferngehalten haben, dieser in die Arme getrieben werden würden. Demgegenüber betonen wir nochmals ausdrücklich, daß wir keine arbeiterfeindliche Organisation schaffen wollen.“

Wer diesen Versicherungen nicht glaubt, zahlt einen Taler! Aus vorstehenden Mitteilungen ersieht unsere Kollegen, daß die Unternehmer eifrig am Werke sind, ihre Organisation zu vervollständigen. Wir müssen es ihnen nicht nur gleichgültig, sondern wir müssen sie zu überlegen suchen. Nur dann werden wir die drohenden Angriffe siegreich abzuwehren vermögen und neue Positionen erringen.

Zum Ausbau unseres Verbandes.

Aus verschiedenen Städten Deutschlands machen die Kollegen bereits Vorschläge, um unseren Verband zu stärken und zu kräftigen. Bünschenswert wäre, daß der Vorstand bald mit seinem Plane hervorträte. Die Sympathie für Einführung der Krankenunterstützung ist noch nicht erloschen. Ließe sich diese Einrichtung für 10 Pf., höchstens 20 Pf. pro Woche treffen, so würden sich nur wenige Gegner finden. In unseren Kollegenkreisen hat die Sympathie für die freien Hilfskassen sehr nachgelassen. Es kommt dies mit daher, weil in verschiedenen Städten die Ortskrankenkassen den Arbeitern die Versicherung unter Aufrechterhaltung der Selbstver-

waltung leichter und bequemer machen, und zum andern auch daher, daß bei verschiedenen Hilfskassen ein Zustand der Verkrüppelung eingetreten ist, der wahrlich nicht geeignet erscheint, neue Mitglieder heranzuziehen. Die Bilanzperiode der freien Hilfskassen ist vorüber. Unter anderen Umständen würde die Arbeiterschaft Deutschlands in Erwägung zu ziehen haben, ob das Fortbestehen dieser Klassen im Interesse der Allgemeinheit noch nötig sei.

Es ist nicht zu verkennen, daß den Arbeitern schon schwere Nachteile dadurch erwachsen sind, daß sie in vielen Orten nicht imstande waren, geeignete Vertreter in die Körperschaften zu senden, die durch die Versicherungsgesetze geschaffen worden sind. Und dies deshalb, weil viele der geeigneten Personen, die die Wahlen hätten glänzend beeinflussen können, in den von der Wahlbeteiligung ausgeschlossen Hilfskassen versichert waren. Man darf allerdings auch nicht verkennen, daß ohne die Konkurrenz der freien Klassen die Ortskrankenkassen nicht das geworden wären, was sie heute sind.

Man behauptet aber immer des Krankentafelwesens, daß es auch mit 20 Pf. pro Woche nicht möglich sei, etwas Nichtiges zu leisten. Es müßten also 30 Pf. pro Woche mehr bezahlt werden. Dieser Sprung auf einmal wäre aber zu hoch, wenigstens befürchte ich das. In den nächsten Jahren, werden wir uns natürlich zu dieser Erhöhung ausschwingen müssen. Es scheint deshalb angebracht, es mit dem Ausbau der Unterstützungen noch beim alten zu lassen und an die erhöhte Aktionsfähigkeit des Verbandes zu denken. Wir hatten am Schlusse des Jahres 1903 einen Vermittlungsbestand von 91165,24 Mk., pro Mitglied 5,69 Mk. Das ist nach unseren Leistungen zu wenig. Nach unserer Mitgliederzahl sollten wir 3 bis 4 Millionen Mark Vermögen besitzen. War das Jahr 1903 reich an Klämpfen, so werden es die Jahre 1904 und 1905 nicht weniger sein. Die Vorgänge in Berlin, an der Unterweser u. s. w. beweisen, daß in der Metallindustrie die größten Kämpfe uns noch bevorstehen. Die einheitliche Unternehmerorganisation wird allen unseren Bestrebungen harthärtigen Widerstand entgegenzusetzen. Man plant noch weitere Lohnreduktionen und allgemeine Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse, denn nur zu diesem Zwecke schufen sich die Unternehmer eine möglichst einheitliche Organisation.

Für uns muß diese Situation der Dinge kein Grund sein, Trübsal zu blasen, wir müssen alle Kräfte mobil machen! Die Opferreueigkeit unserer Mitglieder muß sich steigern; da es jetzt mehr denn je auf die Beschaffenheit der Kriegskasse ankommt. Wir müssen unsere Organisation kräftigen; wir müssen nicht nur unsere Bestände aufrechterhalten und Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen abwehren, sondern auch noch neue Mitglieder in großer Zahl werben. Wenn es nottäte, stände ja dem Vorstand das Recht zu, Extrabeiträge zu erheben. Damit ist es aber immer eine heikle Sache. Am besten ist es jedenfalls, wenn die Hauptkassse so gestellt ist, daß sie zu jeder Zeit allen Stürmen trotzen kann. Regelmäßige, einheitliche Beiträge, die den Anforderungen der Organisation entsprechen, muß heute die Parole sein. Sehen wir uns unsere englischen Kollegen an. Sie hatten am Schlusse des Jahres 1903 bei 90000 Mitgliedern einen Kassenbestand von über 12 Millionen Mark. Sie haben sich mit ihren Mitteln bei den Unternehmern eine solche Achtung verschafft, daß sie für Streiks nur noch wenige tausend Mark auszugeben brauchen. Kurz, ehe wir an den weiteren Ausbau der Unterstützungsanstalten gehen, müssen wir erst an die Bildung eines Kampffonds denken, der der Zahl unserer Mitglieder in jeder Beziehung entspricht. Den Beitrag auf 50 Pf. zu erhöhen und es bei den jetzigen Unterstützungsanstalten zu belassen, das ist bereits die Meinung vieler Mitglieder. Die Unversöhnlichkeit und die Dreistigkeit, mit der die Unternehmer in der Metallindustrie uns unter die Fuchtel bringen wollen, bieten hinreichenden Stoff, um jedem Mitglied die Notwendigkeit, der Erhöhung des Beitrags begreiflich erscheinen zu lassen.

Die Kampfesfähigkeit zu steigern, ist eine der wichtigsten Aufgaben, die wir in Bälde zu erfüllen haben.

R. Boffe.

Der straffe Zusammenhalt der Unternehmerorganisation und deren brutales Vorgehen gegen die Arbeiterschaft verpflichtet uns, Mittel und Wege zu suchen, um die gegen uns geführten Schläge zu parieren. Das Unternehmertum hat kraft seines Besitzes im Gebotsringen uns gegenüber einen Vorsprung. Wir müssen aber auf jeden Fall auch unsere Kräfte zu füllen suchen, um kampfbereit dazustehen. Deshalb stimme ich mit dem Einsender B. (Nr. 38) überein, unsere Beiträge auf der nächsten Generativversammlung zu erhöhen, ohne die Unterstützungsorgane weiter auszubauen.

Leider haben wir die Tatsache zu verzeichnen, daß erst ein ungenügender Prozentsatz der in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter organisiert ist. Es liegt also noch ein großes Stück Arbeit vor uns. Um aber die Heranziehenden für unsere Ziele zu gewinnen, brauchen wir entsprechende Mittel. Eines dieser Mittel ist das Unterstützungsorgane. Die Kollegen, die rege agitieren, werden mir zugeben, daß, wenn man jemand für uns gewinnen will, dieser nach seinem etwaigen Vorteil fragt. Wir müssen daher, wenn die Beiträge steigen, unsere Unterstützungsorgane einer Revision unterziehen. Bevor neue Unterstützungsorgane eingeführt werden, sollten die Fehler, die dem jetzigen Unterstützungsorgane anhaften, beseitigt werden. Ich schlägt vor: „Der sofortige Bezug von Meißelgeld und Ortsunterstützung sollte davon abhängig gemacht werden, ob ein Kollege selbst aufhört oder gelündigt wird.“ Darin mag ja ein ganz guter Gedanke sein, nur habe ich das Gefühl, daß man dadurch nicht das erreicht, was man wünscht. Ich bin der Meinung, daß ein organisierter Kollege auf Grund seiner Reueunterstützung nicht nötig hat, in jeder Bruchstunde Arbeit anzunehmen. Wer sicher davon sein will, in keine Bruchstunde zu kommen, erlündige sich nur erst bei unfernen Ortsverwaltungen. Die Besitzer solcher Laubensklagen rechnen ja förmlich damit, daß es noch genug Arbeiter gibt, die mit allem zufrieden sind, wenn sie nur arbeiten können. Mit diesen Leuten machen die Unternehmer immer noch ihr Geschäft. Organisierte wollen sie nicht haben. Daß dem Organisierten zur Pflicht gemacht werden soll, wenigstens ein halbes Jahr auf einer Stelle zu arbeiten, ehe er wieder Unterstützung beziehen kann, wenn er gleichwohl vorher erst einige Mark erhoben hat oder schon ausgekauert war, das hat sich B. nicht genügend überlegt. Man kann doch einen Kollegen nicht zwingen, ein halbes Jahr auf einer Stelle zu arbeiten, wenn er dazu durchaus keine Lust hat. Und wie denkt B. von den in Betracht kommenden Kollegen den Nachweis zu erhalten, ob sie selbst gelündigt oder ob ihnen gelündigt wurde? Da muß B. auch dafür sorgen, daß in den Abgangszugnissen der Vermerk aufgenommen wird, ob er selbst gelündigt oder gelündigt worden, um eine Kontrolle zu haben.

Dann möchte ich noch auf die Einführung der Krankenunterstützung eingehen. Man kann wohl sagen, daß die Mehrzahl der Kollegen bei ihrem Eintritt in den Metallarbeiter-Verband vom dem Grundgedanken befreit sind, durch die Unterstützungen pekuniäre Vorteile zu erhalten. Die Verwaltungsjstellen müssen daher mehr als je dazu übergehen, die Mitglieder zu schulen, ihnen den Zweck der Gewerkschaften einzuprägen, der darin besteht, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, sich nicht mehr zum Sklaven herabwürdigen und sich nicht mit der Kinder Fluch beladen zu lassen. In den industriellen Großstädten finden wir, daß die Kollegen, wenn sie auch älter werden, dem Verband treu bleiben. Es kommt dies zum Teil daher, weil da viele Betriebe sind, das Arbeitsverhältnis eher gelöst wird. In kleineren Städten, wo oft nur ein größerer Betrieb ist, liegen die Dinge ganz anders. Wenn sich da die Kollegen verheiraten oder wenn sie alt werden, erklären sie: „Wir gehen doch nicht mehr in die Fremde, wir finden an die Schwolle gefesselt und der Verband kann uns doch nichts mehr nützen. Wenn diese größeren Werte oder Staatsinkünfte nicht von selbst die Löhne aufbessern, der Verband als solcher hat hier keinen Einfluß.“ Ob schon wir solches Gerede immer auf das entschiedenste zurückweisen müssen, wollen wir uns nicht verhehlen, daß die betreffenden Kollegen nicht zu halten sind. Wir müssen also hier den Fehel ansetzen. In den Wertstädten haben doch bekanntlich die älteren Kollegen mehr Einfluß auf die Jugendbrenten als die jüngeren. Es gelingt einem älteren viel leichter, für den Verband unter seinen Mitarbeitern Mitglieder zu gewinnen. Wir müssen also unbedingt dafür sorgen.

daß wir die Kollegen, die wir haben, bei uns behalten, es kann uns in Zukunft nicht mehr gleichgültig sein, daß wir Gewonnenes wieder verlieren.

Betrachten wir den Krankenzuschuß von einer anderen Seite. Die heutige „Sozialreform“ ist sehr mangelhaft. Der Erkrankte erhält gewöhnlich die Hälfte des Lohnes an Krankengeld.

Bant-Wilhelmschafen. Anton Josephs.

Welche Fehler hatten unserm Unterstützungsweisen? In Nr. 38 schreibt Kollege P. v. d. Waterka. über diese Frage. Seinen Ausführungen kann ich zustimmen — bis auf seine Verbesserungsvorschläge.

Um der „Kassentrüberei“ ein Ende zu machen, möchte ich vorschlagen: Ist ein Mitglied ausgesteuert, so hat es nicht früher wieder Anspruch auf Unterstützung, bis es die Hälfte der erhaltenen Summe in Gestalt von Beiträgen zurückbezahlt hat.

Leer, Offriesland. S. M.

Die Lobbewegung in der Berliner Gelbmetallindustrie.

In der am 6. September abgehaltenen Versammlung der Ausständigen berichtete Kollege Cohen, daß die Zahl der Ausgesteuerten und Streikenden mit den von der Organisation z. u. an den Vertrieben herausgegebenen Arbeiter 3967 beträgt.

Große Heiterkeit erregte es, als Cohen erklärte, wie vom Unternehmerverband am Mittwoch die Auszahlung der Ausgesteuertenunterstützung vorgenommen wurde: Durch große Reklameplakate an den Dittschäulen hatten die Fabrikanten die „treuen“ Metallarbeiter zur Auszahlung der Unterstützungsgeelder aufgefordert.

Eine scharfe Kritik wurde sodann von Wieselthal und anderen an dem Verhalten der Polizei gegen die Streikposten geübt. Den Streikposten wird wieder der Aufenthalt in ganzen Straßenzügen verboten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 16. Oktober der 43. Wochenbeitrag für die Zeit vom 16. Oktober bis 22. Oktober 1904 fällig ist.

Einsichtlich der Arbeitslosenstatistik

ersuchen wir alle arbeitslosen Mitglieder am Orte, auch die, welche noch nicht unterstützungsberechtiget sind, sich stets bei den örtlichen Verbandsstellen zu melden.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptkassette die Erhebung eines Extrabeitrags gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß die Nichtbezahlung der Extrabeiträge Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann.

Der Verwaltungsstelle in Forst die Erhebung einer monatlichen Extrasteuer von 10 Pf. pro Mitglied.

Ausgeschlossenen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 8a des Statuts:

- Auf Antrag der Einzelmitglieder in Aue: Der Hilfsarbeiter Christian Leuthäuser, geb. am 20. Okt. 1877 zu Scherned, Buch-Nr. 538376, wegen Betrug. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Breslau: Der Feilenhauer Richard Beck, geb. am 7. Juli 1876 zu Pöpelwitz, Buch-Nr. 388346, wegen unkollegialem Verhalten.

Auf Antrag der Einzelmitglieder in Reichenhain: Der Hilfsarbeiter Franz Kubolph, geb. am 24. Januar 1878 zu Wühnig, Buch-Nr. 267742, wegen Unterschlagung.

Nicht wieder aufgenommen werden: Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Zimmern: Der Schlosser Emil Schier, geb. am 8. Mai 1881 zu Seibenschwan, wegen Unterschlagung.

Wegen sie betreffender Anträge auf Ausschluß beziehungsweise Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend angeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die den Antrag auf Ausschluß begründenden Beschuldigungen gegeben, mit dem Bemerkten, daß sie, sofern sie auf dreimalige Aufforderung an dieser Stelle sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Der Schlosser Ludwig Gangs, geb. am 22. Dezember 1876 zu Karlsruhe, Buch-Nr. 605344, auf Antrag der Verwaltungsstelle in Gaggennau, Unterschlagung von Verbandsgeeldern.

Nicht Wiederaufnahmefähig veröffentlichte Otto Fischer von Beruf Klempner sind.

Ferner wird richtiggestellt, daß die in Nr. 40 erfolgte öffentliche Rüge gegen den Dreher Gutewort nicht wegen Denunziation, wie irrtümlich bekannt gegeben war, sondern wegen unkollegialem Verhalten erfolgte.

Wir erinnern die Ortsverwaltungen daran, daß eine Abschrift der Abrechnung (nur Vorderseite) vierteljährlich auch an den Bezirksleiter einzulegen ist und ersuchen, diesem pünktlichst nachzukommen.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Böde-Strasse 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

- von Kaufschloßern nach Leipzig St.; von Dreharbeitern nach Reutlingen (Wagner, Inhaber Kurz) St.; von Drechern, Formern und Schlossern nach Bamberg (Gebrüder Langhammer) M.; von Elektromonturen nach Hannover-Linden St.; von Feilenhauern nach Ulster i. d. Schweiz; nach Zürich (Witwe Haugner) St.; von Feinmechanikern, Werkzeugschloßern und Schleifern nach Wandsbeck (Dr. Lütke & Arndt) St.; von Formern und Eisengießereiarbeitern nach Bamberg (Gramß & Thomas) M.; nach Basel (Maschinenbaugesellschaft); nach Breslau (Kenna) M.; nach Dassel (Eisenhütte M. Schöne-mann) L. u. D.; nach Dortmund (Suhmann) M.; nach Mägde-sprung (Eisen- und Kunstgießerei) L. u. D.; nach Pasewalk (Maschinenfabrik und Eisengießerei Pasewalk) M.; nach Solingen (Woop, Inhaber Stöcker); nach Tangerhütte (Eisenhütten- und Emailierwerk Franz Wagenführ) M. u. D.; nach Uerdingen (Wiltner) D.; von Gürtlern, Drechern, Schleifern, Belzern, Drechern und Metallformern nach Berlin; nach Erfurt L.; nach Mainz (Metallungsindustrie) L.; von Klempnern und Installateuren nach Bremerhaven M.; von Maschinenbauern, Drechern, Schlossern zc. nach Paris, wegen großer Arbeitslosigkeit; von Metallarbeitern aller Branchen nach Dassel (Eisenhütte M. Schöne-mann) L. u. D.; nach Frankfurt a. M. (Klempner) M.; nach Küssen a. d. Ruhr (Zillmann); nach Mägde-sprung (Eisen- und Kunstgießerei) L. u. D.; nach Mühlhausen i. Th. (Walter & Co.) M.; nach Kuffelsheim (Fahradfabrik) M.; nach Tangerhütte (Eisenhütten- und Emailierwerk Franz Wagenführ) M. u. D.; von Metallbildnern nach Zirndorf (ausgenommen Firma Kernstock); von Schlägereiarbeitern nach Solingen (Emil Wolfert) D.; von Schlossern nach Arbon i. d. Schweiz (Lunnen);

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohnbewegung; M.: Auslieferung; D.: Disziplin; W.: Maßregelung; Th.: Müßiggang; N.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen An-lage in Betracht kommen, werden die Mitglieder ersucht, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, Gewerkschaftsleiter oder Be-vollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle be-steht, wolle man sich an den Vorstand wenden.

Korrespondenzen.

Formen.

Asbach. Der Herr Formnermeister Stiller in der Bach-mann'schen Maschinenfabrik führt ein strenges Regiment, das Ur-sache zu berechtigten Klagen gibt. Im Antreiben und Schillern er-leidet er erhebliches. Erlaubt sich ein Formner, von der Arbeit auf-zuschauen, wird er sofort von dem Herrn Meister angegriffen. Für das gelieferte Werkzeug sind die Formen haltbar, obwohl keine ver-schleißbaren Kästen vorhanden sind. Es ist vorgekommen, daß der Meister denen, die sich bei ihm nicht lieb sind machen konnten, das Werkzeug verlor, um sie dann anzuschauen und bei Gegen-rede entlassen zu können. Die Entlohnung sollte auch anders ge-regelt sein, es sind weder Lohnbücher noch Rechnung eingeführt. Am Samstag wird das Geld ausbezahlt ohne irgend welche Er-läuterung, was pro Stunde bezahlt wird und wie viele Stunden verrechnet sind. Zeit ist es, daß eine Änderung in den Dingen eintritt, sonst könnte es passieren, daß kein Formner hier mehr Arbeit annimmt. Besserung wäre leicht zu erzielen, wenn die Kollegen statt den Militär- und Klimbinveretnen alle dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beizutreten würden. Also, Kollegen, ermahnt aus dem Schlafe, besucht unsere Versammlungen, das weitere wird sich dann schon finden.

Chemnitz. In einer öffentlichen Formner- und Gießereiarbeiter-versammlung, die am 2. Oktober im Volkshaus abgehalten wurde, referierte der Bevollmächtigte Krause über die diesjährigen Lohn-bewegungen in den hiesigen Gießereien. Er führte an, daß diese Bewegungen so gewesen seien, daß man eigentlich nur von Anfängen reden könne. So war es bei Hugo Schreier, wo ein Tarif ge-schlossen wurde, der in einem verflochtenen Kasten hängen soll, an dessen Gräten dort aber die Kollegen Zweifel legen, denn die Lohn-zahlung geschieht allgemein wie früher und auch die Arbeitszeit wird nicht eingehalten. Im übrigen sind verschleierte Müßiggänge genau wie früher vorhanden. Doch liegt das an den Kollegen selbst mit, denn wenn diese um 7/6 Uhr noch ein Stück anfangen und zum Gießen fertigmachen, kann um 6 Uhr nicht Feierabend sein. Dem Geht es natürlich lieber, wenn die Formner recht viel zusammen-schauen, weil dadurch sein Geldbeutel um so voller wird. — Der Gewerkschaftsleiter der vormaligen Zenterschen Gießerei gab der Referent den Rat, beim Einrichten der neuen Gießerei die alten

Mißstände nicht mit fortzuschleppen, sondern für bessere Aborte, bessere Transport- und Heilmittel und für genügende Hilfskräfte Sorge zu tragen. Auch die Lohnzahlung sollte eine bessere und geregeltere werden. Weiter wurde vom Referenten angeführt, daß fast in allen Gießereien Mißstände der verschiedensten Art bestehen. Zum Schluß forderte Krause die dem Deutschen Metallarbeiter-Verband noch fernstehenden Kollegen auf, sich diesem anzuschließen, da nur durch eine starke Organisation die Mißstände beseitigt werden könnten. Als Vorbild stellte er die Berliner Formner und Gießereiarbeiter dar, die vor kurzer Zeit durch ihr straffes Zusammenhalten den Kühnemannern einen glänzenden Sieg abgerungen haben. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen, die sich im Sinne des Referenten ausdrückten. — Der Bericht des Agitationskomitees war kurz. Die Kollegen Herzog, Nabe und Fiedler wurden dazu gewählt. Am Schluß machte der Vorsitzende auf die bevorstehende Gewerbe-gerichtswahl aufmerksam und forderte zu reger Beteiligung auf.

Dortmund. Kapitalistische Kampfmethode. Bei der Firma Suhrmann (Eisengießerei) stehen die Kollegen seit dem 14. September im Streit. Die Kollegen haben sich trotz der Provokation des „freimüthigen“ Stadlvorordneten Suhrmann kein politisches mustergerichtig verhalten. Trotzdem sagte einmal der schlaue Herr Suhrmann zu einem Polizisten: „Verhaften Sie die Leute auf meine Verantwortung.“ Der Polizist gab aber nicht viel auf Suhrmanns Verantwortung. Endlich hat man nun etwas gegen die bösen Streikführer gefunden. Die bürgerlichen Zeitungen bringen Notizen, daß „politisch festgelegt“ worden sei, streikende Arbeiter hätten bei Suhrmann Einbruch verübt. Die Dortmund-Zeitung schreibt wie folgt: „Ein roher Akt wurde, wie schon kurz erwähnt, in der Nacht zum ersten dieses Monats in der Maschinenfabrik und Eisen- gießerei Suhrmann an der Diernärschstraße ausgeführt. Eine Anzahl Personen sind nach den angelegten Ermittlungen über den mit einem Baum eingefriedigten Platz an das Fabrikgebäude gelangt und haben dort die hintere Tür gewaltsam geöffnet. Die Eindringlinge haben fertige Formen zerbrochen, sämtliche Treibriemen in kleine Stücke geschnitten, die elektrischen Drähte zerschnitten, die Dampf- kessel durch Abbrechen der Ventile unbrauchbar gemacht u. s. w. Der hierdurch entstandene Schaden ist bedeutend. Infolge der Zerstörung mußte der Betrieb am nächsten Tage still liegen. Gestohlen wurde nichts. Wie politisch festgelegt, hat ein Teil der streikenden Formner die Zerstörungen aus Mache vorgenommen. Eine exemplarische Strafe wird nicht ausbleiben. Es ist unbegreiflich, daß organisierte Arbeiter ihre Hände durch ein solches Vorgehen wie das geschilderte beschmutzen können. Sympathien etc! Der Haß gegen den Freimüthigen Suhrmann scheint nicht gering zu sein.“ Die Tremonia (Zentrumsorgan) brachte einen ähnlichen Artikel. Darauf ging der Redaktion dieses Blattes folgende Zuschrift zu: „An die Redaktion der Tremonia, Dortmund. Unter Hinweis auf S 11 des Preßgesetzes ersuchen wir um Aufnahme folgender Berichtigung: In Nr. 449 Ihrer Zeitung berichten Sie unter einem Artikel „Streik- ergebnis“, daß politisch festgelegt wäre, daß ein Teil der streikenden Formner die Zerstörung aus Mache vorgenommen hätten. Wir erklären diese Behauptung für unwahr, da bis jetzt keine Beweise vorliegen. Namens des Gewervereins Hirsch-Dunder: Heinz Lange. Namens des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes: A. Großklaus, 1. Kampstr. 37.“ Nach Zentrumsmanier knüpft die Redaktion daran folgende Bemerkungen: „Et, et, Herr! Das ist ja eine ganz eigenartige Berichtigung: Der Tremonia war es nicht im Traum eingefallen, den Gewerverein Hirsch-Dunder oder den Deutschen Metallarbeiter-Verband in irgend welche Beziehung zu dem Ereignis in der Suhrmannschen Fabrik zu bringen. Die obige „Berichtigung“ bringt aber das Sprichwort: „Qui s'excuse, s'accuse“ (Wer sich entschuldigt, klagt sich an) in sehr lebhafter Erinnerung. Herr Suhrmann schreibt uns übrigens zu dem Gewaltakt: In der Nacht von Freitag auf Sonnabend haben Einbrecher die Tür meiner Eisen- gießerei gewaltsam geöffnet und zertrümmert, sämtliche fertige Guß- formen eingetreten, elektrische Leitungen abgebrochen, die Treibriemen der Sandbereitungsmaschinen in Stücke zerschnitten und das Manometer am Dampfessel nach unten gebogen. Aus deutlich erhaltenen Fußspuren ist zu ersehen, daß es mehrere Einbrecher gewesen sind, die die Ortlichkeiten genau kannten, und da auch der große Fabrikgang ruhig geblieben ist, so können die Einbrecher nur frühere Formner meiner Gießerei gewesen sein! Erwägt man noch, daß 12 Formner meiner Gießerei seit drei Wochen streiken, daß aber trotzdem der Betrieb nicht ruht, sondern immer noch gegossen wird, dann ist wohl mit Sicherheit zu vermuten, daß die Einbrecher unter den streikenden Formnern und ihren Angehörigen zu suchen sind. Wer mit solchen Mitteln kämpft, ist schon kein Mensch mehr, der auf Bildung Anspruch machen darf. Die Angehörigen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und des Gewervereins Hirsch-Dunder, die den streikenden Formner bei mir verankert haben, betonen immer, wie gut die Arbeiter bei ihnen aufgehoben seien. Nun, Arbeiter, befehlt euch mal die Streikposten in der Diernärschstraße, die seit fünf Wochen den Verkehr stören, nicht arbeiten, sondern von euren sauer verdienten Groschen leben, die Arbeitswillige auf dem Hin- und Rückwege beschäftigen, die dies meinetwegen auch noch ein ganzes Jahr machen können, denn ich mache Verträge mit den oben genannten Verbänden nicht (um solche handelt es sich in der Hauptsache, nicht um Lohnfreiheit) und dann überlegt, ob ihr solchen Organisationen angehören könnt und wollt. Hochachtungsvoll A. Suhrmann.“ Wir stellen dem gegenüber fest, daß von den streikenden Formnern keiner in die Gießerei von Suhrmann eingebrochen ist. Politisch ist gar nichts festgelegt! Die streikenden Formner haben gegen verschiedene Redakteure und gegen Suhrmann Klage wegen Verleumdung erhoben, es wird sich an Gerichtsstelle zeigen, was an den Anschuldigungen und Verdächtigungen Wahres oder Falsches ist. Es ist ja nichts Neues, daß man gegen streikende Arbeiter mit derartigen Mitteln kämpft. Man hat scheinbar auch den streikenden Arbeitern bei Springorum in Düsseldorf nachgesagt, sie hätten eine Wagenachse halb durchgeholt, als der Wagen der Firma durch Achsenbruch auf der Straße liegen blieb. Der Gerichtshof stellte sich dann heraus, daß die Behauptung Schwindel war. Als etwas anderes wird sich der „Einbruch durch die streikenden Formner“ bei Suhrmann auch nicht herausstellen. Dem Unternehmertum und seinen Helfern ist ja kein Mittel zu gering, wenn es gegen streikende Arbeiter geht. Wahrscheinlich war der Hofhund Suhrmanns chloro- formiert. Und der Herr Suhrmann schielte auch fest, denn obwohl er im Vorderhaus wohnt, hat er ebenfalls nichts gehört. Am Schluß seiner Zuschrift an die Tremonia kommt deutlich die Wort Suhrmanns gegen die Streikposten zum Ausdruck. Es ist ihm sehr unangenehm, daß die Organisationen nicht wie der kluge Kreuzbund und die Sabbatklänge Streikbrecher liefern. Die Ausführungen lassen durchblicken, was man wünscht. Vielleicht Suchtausgesetz fähig?
R. Sp.

Langerhütte. Zu einer Entscheidung ist es hier bis jetzt noch nicht gekommen. Die große Mehrzahl der Belegschaft der hiesigen Eisenhütte von Franz Wagenführ, 1300 Personen, verlangt, daß vom Verband die Anrechnung zum Streik gegeben wird, um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse und Schutz vor grundlosen Maß- regelungen zu erlangen. Darüber besteht keine Unklarheit, daß der allergrößte Teil geschlossen in den Streik tritt; trotz alledem wird von der Verbandsleitung in der Hoffnung, daß friedliche Ver- ständigung erzielt wird, zur Mäßigkeit ermahnt. Wenn der Ausstand ausbricht, dann ist er durch die Firma mit der Behandlung der Arbeiter frivol heraufbeschworen. Die Direktion spielt förmlich mit dem Feuer, indem Arbeiter, die Mitglieder des Verbandes sein wollen, mit Verletzung an schlechte Arbeit und Entlassung bestraft werden. Insbesondere scheint der frühere Gelegenheitsarbeiter Blume, jetzt Vorarbeiter der Herzmacher auf Langerhütte, seine Loyalität in diesen Maßregelungen beweisen zu wollen. Durch ihn sind schon viele Kollegen dem Blagmeister Tanebde zur „Erziehung“ überwiesen worden. Diese unkluge Behandlung der Arbeiter muß der Firma nicht im geringsten. Sie reißt dadurch die Arbeiter und bringt die Hütte in den Ruf eines Suchthauses. Eine Arbeitsstätte soll nicht Unlust bei den Arbeitern erwecken. Hier aber tut man alles, um den Arbeitern die Lust zur Arbeit zu nehmen.

Drahtarbeiter.

Berlin. Am Mittwoch den 6. Oktober fand im Gewerkschafts- haus eine Drahtarbeiterversammlung statt. Nach einem Referat des Kollegen Scheffler über Arbeitsnachweise und Arbeitsvermittlung mit darauffolgender eingehender Diskussion wurde folgende Resolution gegen eine Stimme angenommen: Die am 6. Oktober 1904 im Gewerkschaftshaus tagende Drahtarbeiterversammlung beschließt, den Arbeitsnachweis nach dem Gewerkschafts- haus zu verlegen und verpflichtet sämtliche Kollegen, das Umschauen zu unterlassen und nur Arbeit durch den Nach- weis anzunehmen. Durch Annahme dieser Resolution ist auch das Umschauen für die zugewiesenen Kollegen verboten, diese haben sich spätestens einen Tag nach der Ankunft im Arbeits- nachweis (Bureau des Metallarbeiter-Verbandes), Engländer 15, zu melden.

Gelbsteher und Gürtler.

München. Am Sonntag den 2. Oktober fand hier eine zahl- reich besuchte Versammlung der Arbeiter der Gürtlerbranche statt. Zur Beratung stand der Entwurf eines kollektiven Arbeitsvertrags. Kollege Freisinger gab ein Bild der derzeitigen mangelhaften Lohn- und Arbeitsverhältnisse und begründete den Entwurf eines Arbeitsvertrags, der in der Hauptsache folgende Bestimmungen ent- hält: 9 stündige Arbeitszeit, 1 1/2 stündige Mittags- und je eine 1/4 stündige Frühstück- und Vesperpause, Samstags um 5 Uhr Arbeits- schluß; an den Vorabenden von Ostern, Pfingsten, Weihnachten, Kirchweih und Neujahr um 4 Uhr Arbeitschluß; für Metallgießer und Gürtler im ersten Jahre nach vollendeter Lehrzeit ein Mindestlohn nicht unter dem ortsüblichen Tagelohn, die weiteren zwei Jahre nicht unter 38 Pf., von da ab nicht unter 45 Pf. pro Stunde; für Schleifer im ersten Jahre nach vollendeter Lehrzeit nicht unter 40 Pf., die weiteren zwei Jahre nicht unter 45 Pf., von da ab nicht unter 50 Pf. pro Stunde. Tüchtige Arbeiter entsprechend mehr. Über- stunden an Sonn- und Feiertagen dürfen nur im äußersten Notfall gemacht werden; sie sind bis zu 2 Stunden nach Arbeitschluß mit 25 Prozent, jede weitere Stunde und an Sonn- und Feiertagen mit 50 Prozent Zuschlag zu bezahlen. Bei Akkordarbeit ist der Stundenlohn zu garantieren. Den Lehrlingen darf Akkordarbeit nicht übertragen werden; Zeitverhältnisse im Sinne des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs werden bis zu 3 Stunden vergütet u. s. w. In der Diskussion wurden die Forderungen in Anbetracht der teuren Lebensverhältnisse als viel zu minimal bezeichnet, von anderen Mehnern wurde für Annahme des Entwurfs plädiert, von nicht durch- altho hohe Forderungen ein Entgegenkommen der Prinzipale unmöglich zu machen. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen zum festen Zu- sammenhalten, das persönliche Unterhandeln mit den Prinzipalen sei zu unterlassen, hierzu sei die Geschäftsstelle des Deutschen Metall- arbeiter-Verbandes allein zuständig. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heutige öffentliche Versammlung der Metallgießer, Dreher, Gürtler und verwandten Berufsgenossen erhebt in der Schaffung eines kollektiven Arbeitsvertrags eine Forderung zur Regelung der bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Sie erklärt sich einverstanden mit dem Entwurf und beauftragt die Verwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes denselben sofort den einschlägigen Firmen zu unterbreiten und Rückantwort bis zum 8. Oktober zu verlangen. Sollte wider Erwarten bis zu diesem Datum eine entsprechende Rückantwort nicht erfolgen, so erklären die Versammelten einmütig, von den letzten ihnen zu Gebote stehen- den Mitteln Gebrauch zu machen. Desgleichen verpflichten sich die Versammelten für den Ausbau der Organisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zu sorgen und fordert die noch fernstehenden Kollegen auf, unverzüglich der Organisation beizutreten. Den Berliner Kollegen versichert die Versammlung ihrer vollsten Sympathie und verpflichten sich die Anwesenden, Berliner Arbeit zu verweigern.

Klempner.

Dresden. Nach einer langen Zeit der Untätigkeit wollen auch die Klempner Dresdens endlich versuchen, ihre geradezu trostlose Lage etwas zu verbessern. Seit Jahren wurde kein ernsthafter Schritt unternommen, eine Verbesserung herbeizuführen, obgleich in dieser Zeit alle baugewerblichen Berufe mit Erfolg für die Hebung ihrer Lebenslage eingetreten sind. Zur Einleitung fand am 28. Sep- tember hier im Volkshaus eine Versammlung statt mit der Tages- ordnung: „Die Lage der Klempner im allgemeinen und Mißstände in Dresdener Innungsnachweise.“ Das Referat hatte Kollege Hiel übernommen. Auf Grund einer aufgenommenen Statistik wies Mehnern nach, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei den Klempnern in Dresden mit zu den schlechtesten in Deutschland gerechnet werden müssen. Der Lohn, der in anderen Städten, wo Verträge mit den Unternehmern abgeschlossen sind, als Mindestlohn bezeichnet wird, kann man hier als Höchstlohn bezeichnen. Stundenlöhne gibt es nach Angabe der Statistiker bis herab auf 20 bis 24 Pf. Die Be- handlung läßt viel, die sanitären Einrichtungen alles zu wünschen übrig. Die einfachsten Sicherheits- und Vorsichtsmaßregeln bei der Bauarbeit werden vollständig außer acht gelassen. Dann der Gleich- gültigkeit und des Stumpfsinns, in welchem die meisten Kollegen dahingleben, finden die trassierten Mißstände immer weitere Ver- breitung und werden zum Schluß als etwas selbstverständliches hingenommen. Des weiteren schilderte Mehnern die Zustände im Dresdener Innungsnachweis, besonders die Handlungsweise des Obmanns. Das Verfahren, das dieser Herr bei Vergebung der Arbeit einschlägt, ist der reine Hohn auf eine geregelte Arbeitsver- mittlung, was besonders die älteren Leute empfinden müssen. Die Arbeitsuchenden sind ganz der Kaum und der Willkür dieses Mannes ausgesetzt. Früher war der Arbeitsnachweis in dem Laden des Meisters (Gartig, der auch heute noch den Nachweis führt). Die Vermittlung geschah von 6 bis halb 9 Uhr früh und von 12 bis 1 Uhr mittags. Mehr als drei Mann durften nicht zusammen auf einmal in den Laden eintreten. Kam zufällig, was bei der Masse der Arbeitslosen nicht zu verwundern ist, ein vierter dazu, wurde er grob angeknurrig. Wollte man sich entschuldigen, setzte man sich der Gefahr aus, keinen Zettel zu bekommen. Nun gibt es aber in schlechten Zeiten hier oft 80 bis 100 Arbeitslose. Der Laden ist in einer schmalen Gasse, die Außenstehenden verperren daher zu- weilen die ganze Passage, jeder wollte selbstverständlich der erste sein und so kam es oft zu Aufritten, die nichts weniger als schön waren. Die Anwohner beschwerten sich und die Polizei sprang hilfsbereit ein, indem sie die Arbeitslosen auseinandertrieb. Nun wurde der Arbeitsnachweis in das Hinterzimmer eines Wirtshauses verlegt. Die Arbeitsuchenden befanden sich im Gastzimmer. Geöffnet soll der Nachweis von 8 bis halb 9 Uhr sein, Meister Gartig aber sieht sich die Leute an, gibt schnell ein paar Zettel aus, aber nicht der Reihenfolge nach, denn so etwas gibt es nicht. Es wird wieder eine regelmäßige Liste geführt, noch wird die Arbeit nach der Dauer der Arbeitslosigkeit vergeben. Ruhigen, gesetzten Leuten ist es über- haupt unmöglich Arbeit zu bekommen, da nur durch rücksichtsloses Vorgehen gegen andere Arbeitskollegen etwas erreicht werden kann. Ist ein Kollege dabei, der dem Nachweisführer nicht gefällt, oder der vielleicht einmal seinem Unmut Luft gemacht hat, der bekommt überhaupt keinen Schein mehr. Dann kommt es vor, daß drei und vier Arbeitslose an eine Stelle geschickt werden, damit sich die Herren Meister die Leute herausuchen können, auch werden noch Arbeiter hungernd geschickt, wenn die Stelle schon lange besetzt ist. Die Kollegen müssen so oft Fährgehd bezahlen und schließlich heißt es: Ach! der Platz ist schon lange besetzt. Weil der Nachweis den Anforderungen nicht im geringsten entspricht, versuchen dann die Kollegen auf eigene Faust Arbeit zu bekommen, fragen bei den einzelnen Kräuereern an und die Folge davon ist, daß die Herren bei jeder Gelegenheit zu den Arbeitern sagen: Was wollt ihr denn? Draußen stehen Dugende, die froh sind, Arbeit zu bekommen. Paßt es euch nicht, könnt ihr gehen. Gewöhnlich ist der Nachweis um 8 1/4 Uhr schon geschlossen, wird dann später von einem Meister telephoniert, beginnt ein förmliches Werblausen der noch anwesenden Kollegen, was ebenfalls nur dazu führt, daß sie gegeneinander erbittert werden. Untersteht sich einer, dem Nachweisführer auf diese Zustände aufmerksam zu machen, kann er versichert sein, daß er ohne Gnade ausgepepelt

wird; ebenso, wenn er sich in irgend einer Form gegen die Heiligkeit der Innung vergangen oder gar Differenzen mit dem Meister hatte. Die Zustände haben hauptsächlich in der letzten Zeit eine Form angenommen, daß man sie als unerträglich bezeichnen muß, eine Änderung ist unbedingt notwendig. Kollege Hiel wies die An- wesenden nun besonders darauf hin, daß derartige Zustände nur durch eine gute Organisation beseitigt werden können; eine solche ist für uns der Deutsche Metallarbeiter-Verband. Sind erst alle Kollegen Mitglieder des Verbandes, dann ist es für uns nicht mehr so schwer, mit den gefürchteten Übelständen aufzuräumen. Und daß es der Wunsch und Wille der Dresdener Klempner ist, Remedy zu schaffen, das wurde durch die einstimmige Annahme einer entsprechenden Resolution zum Ausdruck gebracht. In der Debatte wurden von verschiedenen Kollegen noch recht nette Sachen vom Innungsnachweis jutage gefördert. Kollege Pieper, als ehemaliger Altgenosse mit den Verhältnissen vertraut, wies in treffender Weise auf die Ursachen der Zustände hin, dabei betonend, daß er in ver- schiedenen Angelegenheiten mit den Herren Innungsmeistern unter- handelte und dabei das „wohlwollende“ Herz derselben für die Arbeiter kennen lernte. Der reiche Beifall, der den Mehnern zuteil wurde, bewies, daß sie den Anwesenden aus der Seele sprachen, und es liegt nun an den Kollegen, in eifriger Arbeit die Anregungen zu verwerten und dafür Sorge zu tragen, daß alle in die Organi- sation eintreten. Die Kollegen allerorts aber mögen bei etwaigen Reisen oder Veränderungen Dresden etwas links liegen lassen, bis auch da bessere Verhältnisse geschaffen sind.

Frankfurt a. M. In der Ornamentenfabrik von Hubert Horst, Mainzerlandstraße, haben am 6. Oktober die Spengler gekündigt. Der Grund hierzu ist das gar zu schreckliche Auftritten des im „christ- lichen“ Verband organisierten Wertmeisters Eisert. Herr Horst glaubt, diesem Manne die brutale Behandlung nicht verbieten zu können, weil sonst die Autorität des Wertmeisters untergraben würde. Wir bitten die Spengler, den Zugzug fernzuhalten.

Karlsruhe. Die hiesigen Blechner und Zinkfallener traten im Frühjahr in eine Lohnbewegung, deren Zweck die Einführung eines Tarifs war. Sieben Monate lang verstanden es die Herren Meister, die Arbeiter durch scheinbares Entgegenkommen und Verprechungen hinzuhalten und die Verhandlungen mit der von den Arbeitern ein- gesetzten Kommission in die Länge zu ziehen. Gut zu hatten kam ihnen bei ihrem Verhalten der ein Vierteljahr währende Mauer- streik, der die Bautätigkeit in erheblichem Maße beeinträchtigte und auch auf das Blech- und Zinkfallenergewerbe nicht ohne Ein- wirkung blieb. Am Samstag den 1. Oktober erstattete die Kom- mission in einer gut besuchten Werkerversammlung Bericht über die mit der Innung geführten Verhandlungen. In einem Schrei- ben an den Obmann der Kommission teilten die Meister mit, was sie den Arbeitern zu bewilligen bereit seien. Die niedergeschriebenen Zugeständnisse seien das weitestgehende Entgegenkommen gegen die Forderungen der Arbeiter. Von einer Verkürzung der Arbeitszeit wollten die Herren nichts wissen. Die Arbeitszeit soll nach wie vor 10 Stunden betragen. An den Vorabenden der Feiertage, Pfingsten und Weihnachten wollen sie den Gesellen allgeruadigst gestatten, um 4 Uhr Feierabend zu machen, jedoch den Tag nicht voll bezahlen. Überstunden sollen bis abends 9 Uhr mit 25 Prozent, darüber hinaus und die Sonntagsarbeit mit 50 Prozent Zuschlag bezahlt werden. Hierbei ist zu bemerken, daß eine gegenseitige Vereinbarung vom Jahre 1895 bestimmt, daß Überstunden schon von 8 Uhr an mit 50 Prozent bezahlt werden müssen. Wie man sieht, bedeutet das jetzige „Entgegenkommen“ der Meister eine tatsächliche Verschlechterung in diesem Punkte. Auf Festlegung von Minimallöhnen wollen sich die Herren nur insofern einlassen, als sie für junge Ar- beiter, die eine dreijährige Lehrzeit absolviert und (natürlich, der Pops darf ja nicht fehlen) eine innungsmeisterlich loschere Gesellen- prüfung bestanden haben, 30 Pf. pro Stunde bezahlen wollen. Die Lohnzahlung wöchentlich Freitagss tags vorzunehmen, sind die Meister einverstanden, ebenso, daß die Kündigungsfrist künftig nur acht Tage betragt und an jedem Tage erfolgen kann. Das kostet ja nichts. So geht es den ganzen Tag hindurch. Von einer Anerkennung der Organisation der Arbeiter wollen die Meister nichts wissen. Die Einsetzung einer paritätischen Schlichtungskommission für Erledigung von Streitigkeiten der vertraglichstehenden Parteien lehnen sie ab, auch behagt ihnen das Gewerbegericht als Einigungsamt nicht. Sie wollen nur mit dem Gesellenauschuß verhandeln. Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, wie wenig ernst es den Meistern mit der Einhaltung der von ihnen selbst gemachten angeblichen Zu- geständnisse ist und für wie wenig ehrenhaft sie selbst wohl einige ihrer Kollegen in bezug auf striktes Einhalten eines gegebenen Wortes halten, so wäre es der Umstand, daß sie es ablehnen, den Vertrag in jeder Verhüllung sichtbar aufzusängen. — Die Versammlung ver- stand es denn auch, das Verhalten der Arbeitgeber gegenüber zu würdigen. Nach lebhafter Diskussion wurde beschlossen, die von den Meistern gemachten Vorschläge in Baufisch und Wagen zurückzuweisen und die Verhandlungen abbrechen, um im geeigneten Augenblick ein ernstes Wort mit den Meistern zu reden.

Zwönitz. Die Zustände bei der Firma Schwoher lassen viel zu wünschen übrig. Schuld daran tragen aber die Arbeiter dieser Firma zum größten Teile selbst. Haben sie es doch noch nicht einmal begriffen, daß, so lange Unmöglichkeit und gegenseitige Anwendung wegen oft lächerlicher Bagatelken in ihren Reihen herrscht, der Unter- nehmer es gar nicht nötig hat, den geradezu selbstverleumdlichen und gerechelten Forderungen der Arbeiter Gehör zu schenken. Der Indifferentismus der Arbeiter ist des Unternehmers bester Bundes- genosse. Da braucht man sich durchaus nicht zu wundern, wenn der Unternehmer die Situation ausnützt und Lohnreduktionen und Verschlechterungen des Arbeitsverhältnisses vornimmt, wo doch im Gegenteil eine Besserung, besonders wegen der Arbeitszeit, so sehr wünschenswert wäre. Die Arbeitszeit beginnt früh 6 Uhr und endet abends 7 Uhr. Daß es eines streifen Rückgrates der Arbeiter bedarf, wird am besten dadurch bewiesen, daß bei solchen Arbeitern, die sich dagegen wehren, Lohnreduktionen nicht vorgenommen werden. Als Versuche, die Übelstände wenigstens in ihren ersten Auswüchsen zu beseitigen, werden so lange scheitern, als sich die Arbeiter nicht gegen- seitig achten, und erkennen, daß Macht und Stärke nur durch Einigkeit und Organisation erreicht werden kann. So lange aber sogar ältere Kollegen die jüngeren von der Organisation abfallen und die schon Organisierten zum Austritt zu bewegen suchen, so lange ist an eine Besserung der Verhältnisse nicht zu denken. Wie wenig Interesse die Arbeiter hier an der Verbesserung ihrer Lage haben, wird am besten dadurch bewiesen, daß zu unserem letzten Zahlenabend ganze 10 Mann von 30 Mitgliedern erschienen waren, trotzdem schriftliche Einladung erfolgt war. Die leitenden Personen haben ihre Schuldig- keit getan und alles versucht, nicht nur die Differenzen unter den Kollegen zu beseitigen, sondern auch Mittel und Wege vorzuschlagen, die Verhältnisse der Zwönitzer Klempner überhaupt zu bessern. Es ist der letzte Versuch, der hiermit unternommen wird, auch, Kollegen, zur Umkehr zu bewegen. Die Organisation meint es gut mit euch. Wenn ihr aber trotzdem die „Drohungen“ wahr macht und aus- trittet, so bedenkt, daß eurentwegen der Metallarbeiter-Verband nicht zugrunde geht. Aber die Zeit, wo ihr zum Bewußtsein erwacht, mit eurem Austritt einen schweren Fehler gemacht zu haben, dürft ihr zu bald kommen. Haltet also fest und treu zu einander, laßt die persönlichen Eitelkeiten, werbet fleißig durch gutes Beispiel für den Metallarbeiter-Verband und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Metallarbeiter.

Breslau. Gegenüber der sogenannten Berichtigung der Firma Suckow haben wir folgendes zu erwidern: Den sich auf die Annancen meldenden Drehern wurde nicht geschrieben, daß sie je nach Leistung 25 Mk. und mehr pro Woche verdienen können, sondern der Abort- laut war ein bestimmter, woraus man schließen mußte, daß der Mindestverdienst 25 Mk. pro Woche beträgt. Wir lassen, um aller Gegendebn ein Ende zu machen, den Wortlaut eines solcher Briefes, soweit er auf die Löhne Bezug nimmt, hier folgen: **Breslau, 9. Juli 1904.** An Herrn F. S., Magdeburg. Antwortlich Ihres Schreibens vom 8. d. Mts. teilen wir Ihnen hierdurch mit, daß ein Dreher je nach der Leistung bei uns 25 bis 35 Mk. pro Woche

verdiert und die Stellung dauernd ist... Achtungsvoll B. Suckow." Hier ist also nicht von 25 Mk. verdienen die Rede, sondern es wird in der bestimmtesten Form geschrieben, daß je nach Leistung 25 bis 85 Mk. verdient werden. Im übrigen steht fest, daß Dreher 9 Mk. in einer Woche verdient und deshalb die Firma auf Nachzahlung von 16 Mk. verklagt haben. Davon, daß die Firma einem Dreher Geld geschickt habe, weil der Betroffene von auswärtig war, kann gar keine Rede sein. Die Firma ist verklagt worden und auf dem Vergleichswege ist dann die Summe von 9 Mk. als Entschädigung vereinbart worden. Vom Schenken kann also gar keine Rede sein. — Vielleicht beantwortet uns aber die Firma die Frage, warum sie eigentlich in auswärtigen Blättern annonciert, warum es ihr nicht möglich ist, am hiesigen Plage Dreher zu erhalten? Sollten daran nicht die „hohen“ Verdienste schuld sein? Wir sind gern bereit, eventuell mit weiterem Material zu dienen.

Dessau. Den Metallarbeitern in der Dessauer Waggonfabrik wurde am Schlusse des Monats September ein Affordpreisabzug von mehr als fünf Prozent gemacht. In mehreren Werkstättenprotesten gegen die Betroffenen recht energisch gegen die Begünstigung und eine Kommission wurde wiederholt im Auftrag der Gesamtheit vorstellig, um die Zurücknahme des Abzugs zu erlangen. Trotzdem die große Mehrzahl bereit war, in den Streik einzutreten und dies der Direktion nicht unbekannt geblieben war, lehnte die Betriebsleitung jedes Entgegenkommen ab. Sie wußte auch warum. Denn als nach mehreren Tagen vom Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes festgestellt wurde, wieviele der Beteiligten der Organisation angehörten, zeigte sich, daß nur 28 Mann über 26 Wochen dem Verband angehörten, 12 waren neu eingetreten; die übrigen 45 bis 50 Personen waren nicht organisiert. Unter diesen Umständen beschloß die Versammlung eine weitere Stellungnahme zu dem erfolglosen Abzug auf unbestimmte Zeit zu vertagen und über den Betrieb die Sperre zu verhängen. So haben denn die unorganisierten Kollegen wieder einen Triumph für die Unternehmerrernung. Versprochen wurde, es solle besser werden, weil man einsehe, daß weitere Abzüge folgen.

Wettmann. In Nr. 19 des Deutschen Metallarbeiter (Duisburg) befindet sich eine Korrespondenz, die sich in der Hauptsache gegen unsere Ausführungen in Nr. 31 der Metallarbeiter-Zeitung richtet. Der Artikelschreiber hat in seiner Mut Lüge auf Lüge gehäuft, so daß wir ihn auf die schwarzen Finger klopfen müssen. Der Schreiber meint, daß wir ihnen (den Christlichen) mit unserem „Gefläß“ nichts anhaben könnten. Ihr abwarten, Beschreiter, dann Tee trinken. Weiter heißt es: Wer die Arbeiterzerpflücker wären, das pflügen die Spägen vom Dach. Da hat der Artikelschreiber recht, jeder denkende Arbeiter weiß ja, daß er sie in den Reihen der „Christlichen“ zu suchen hat und nicht bei uns. Beweise dafür hat ja die hiesige Jahrestelle des „Christlichen“ Verbandes geliefert. Ferner läßt sich der Artikelschreiber etwas zusammen von verhehenden Flugblättern und von Versammlungen, die so kläglich verlaufen sein sollen, daß wir sie gar nicht eröffnen konnten. Dem gegenüber müssen wir feststellen, daß die hiesige Verwaltungsstelle seit April weder Flugblätter verteilte, noch eine öffentliche Versammlung abhielt. Also, Lügenmeter, heraus mit der Sprache: Wann und wo sollten die Versammlungen sein? Welche verhehenden Flugblätter sind verbreitet worden? Wenn es weiter heißt, sie würden sich organisieren wo sie wollten, so wollen wir sie auch nicht abhalten, denn vor einer gewissen Sorte Menschen haben wir nur Abscheu, mit denen wollen wir nichts gemein haben! Denn wir haben ein Rückgrat und eine Gesinnung, wir wechseln nicht unsere Farbe, wie gewisse Leute, die heute rot, morgen schwarz, übermorgen gelb sind. Dann wirft man uns vor, daß da, wo wir dominieren, oft die größten Mißstände herrschen. Wir sind bis heute überall, wo es galt, für die Arbeiter einzutreten, an der Zete gewesen, anders die Herren in Christo, sie haben bis heute noch keinen Finger gerührt, um die Lage der hiesigen Kollegen zu verbessern. Das beweisen schon die Zustände bei der Firma Wurberg, einer Domäne der Christlichen. Dort wird von den Christlichen förmlich geweiheert, die Gunst des Meisters zu erringen. Was tun die „Christlichen“ gegen solche Schweißwedelei? Nichts! Waren es vielleicht die Herren „Christlichen“, die dazu beitrugen, daß bei genannter Firma die menschenunwürdigen Aborte in etwas gebessert wurden? Das überließ man recht schon uns, obwohl wir kein Mitglied dort gehabt haben. Unsere Mitglieder erlitten wir, sich mehr Mühe als bisher zu geben und für unseren Verband unablässig zu agitieren, damit den Arbeitern darüber die Augen geöffnet werden, daß sie von den Christlichen unter dem Deckmantel der Christlichkeit und Arbeiterfreundlichkeit an der Nase herumgeführt werden, daß die „Christlichen“ Wölfe im Schafspelz sind.

München. Die Elektromonteur der Siemens-Schuckert-Werke haben der Direktion durch den Deutschen Metallarbeiter-Verband folgenden Entwurf zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zugehen: 1. Die Mittagspause wolle auf 1 1/2 Stunden verlängert werden, der Arbeitslohn wird jedoch auf 6 Uhr abends festgelegt. Die übrige Einteilung bleibt die bisherige. 2. Es wolle eine löpzigente Lohnhöhung gewährt werden. Bei Neueinstellungen soll der Anfangslohn nicht unter den ortsüblichen Tagelohn (3 Mk.) zu stehen kommen. 3. Als Montagzulagen sollen gewährt werden: wenn die Arbeitsstätte bis zu 2 Kilometer vom Sitz des Geschäftes entfernt ist, morgens und abends das Trababfahrgehalt; von 2 bis 5 Kilometer 70 Pf. Zulage pro Tag. In Vororten 1,50 Mk. In Vororten mit Übernachtungen und weiter entfernten Orten 2 Mk. In Zulage pro Tag. In Orten mit gesteigerten Lebensverhältnissen bleibt die weitere Zulage der Vereinbarung überlassen. Die Zulagen verstehen sich für Monteur und Helfer, ebenso ob ledig oder verheiratet, gleich. In der Begründung wird angeführt: Die Verlängerung der Mittagspause findet ihre Billigung schon vom hygienischen Standpunkt aus. Nur in sehr wenigen industriellen Betrieben beträgt die Mittagspause eine Stunde, allgemein beträgt sie anderthalb Stunden. Die Lohnhöhung erscheint durch die Preise für Lebensmittel, Wohnungsmieten u. s. f. äußerst notwendig, zudem befinden sich diese Preise in einer fortgesetzten Steigerung, mit der die Steigerung der Lohnverhältnisse in den letzten Jahren durchaus nicht Schritt gehalten hat. Auch darf darauf hingewiesen werden, daß die Verdiensthöhe der Arbeiter in der elektrischen Industrie auf einem kaum auskömmlichen Niveau rangieren. Es ist daher mehr ein Akt der Gerechtigkeit, wenn vorgeschlagen wird, daß der Anfangslohn nicht unter dem ortsüblichen Tagelohn betragen soll. Die Gewährung der Montagzulagen bedarf keiner weiteren Begründung, da dieselben schon längst geboten werden. Vielmehr haben wir eine einheitliche und leicht überprüfbare Regelung im Auge, was wir hoffen durch den Entwurf erreicht zu haben. Daß die Zulagen gleiche sein sollen, entspricht der allgemeinen Gepflogenheit und dürfte nicht weniger recht und billig sein. Die Geschäftsleitung ersucht nun die löbliche Direktion, den Entwurf gefälliger Beachtung und Würdigung zu unterziehen und darf wohl bis 20. September zugehende Antwort erwarten. In eventueller Aussprache resp. Unterhandlung sind wir jederzeit gerne bereit und haben auch die Arbeiter veranlaßt, eine Kommission zu bestimmen, die gemeinschaftlich mit unserer Geschäftsleitung bei löblicher Direktion die Verhandlungen führt. — Die Direktion verbandelte indessen nur unter Ausschluss der Betriebsleiter mit der Kommission von Arbeitern aus dem Betrieb. Das Resultat war jedoch so wenig befriedigend, daß eine am 1. Oktober abgehaltene Versammlung die Erfüllung des Entwurfs energisch verlangte und die Kommission abmahnte, mit der Direktion in Unterhandlung zu treten, jedoch nur unter Zuziehung eines Vertreters des Verbandes. Darauf wies die Direktion der Kommission die Tür. Die Situation wurde dadurch zugespitzt, so daß auf alle Fälle des Elektromonteurs zu treten ist, wobei die Werke zu meiden.

Solingen. Dieser hängen nach man die Manipulationen, die jetzt unter den Heizer und Maschinen, ganz besonders in Rheinland-Betrieben, in Bezug auf die Organisationsfrage zu Tage treten. Die bestehenden Organisationsformen genügen dem Bedürfnis angeblich nicht mehr, deshalb soll ein Verband für Rheinland-Betrieben unter dem hier bestehenden Bergbau- und Unterbergbauvereinen ge-

schaffen werden, bei deren Gründung fast überall Fabrikanten und Gewerkschaften gefanden haben. Dieser Verband, bei dem man sich jedenfalls auch eine gewisse Kontrolle und Leitung gefallen lassen müßte, ist aber den Solingern unwillig. Wie weit die Verschiedenheit der Ansichten sich hier entwickelt hat, das der Nachwelt aufzubewahren, halten wir für unsere Pflicht und deshalb geben wir ohne Kommentar ein Eingeländt hier wieder, das ein recht sonderbares Licht auf die Geistesgrößen der neuen Gründung wirft. Das Eingeländt lautet: Eingeländt. Solingen, 6. Oktober. Wie wir aus Zeitungsberichten entnehmen, soll ein Verband der Heizer und Maschinen von Rheinland und Westfalen, für den man auch den Heizer- und Maschinenvereine für den Kreis Solingen gewinnen will, in der Bildung begriffen sein. Dieser Verband soll zu dem Zentralverband der Heizer und Maschinen Deutschlands keinerlei Beziehungen unterhalten, so daß die Leistungen der Lokalvereine bei Streiks und Ausperrungen und zur Unterstützung von Arbeitslosen nur ganz minimale sein könnten. Allem Anschein nach ist der neue Verband nur dazu da, um jedes Jahr ein Stiftungsfest zu feiern, wie es schon einmal in Krefeld, zwei Jahre später dann in M. Gladbach und schließlich auch am 16. Oktober d. Js. in Köln versucht wurde, damit den Einzelvereinen nicht zu große Kosten entständen. Der Vorsitzende des kölnner Lokalvereins war besonders für den rheinisch-westfälischen Sonderverband eingetreten, wurde aber dafür seines Amtes entboren. Auch wir haben beschloßen, diesem neuen Verband nicht beizutreten, sondern vielmehr das Geld, das wir für den Verband, der seinem Vorsitzenden ein Jahresgehalt von 2400 Mk. ohne Reisepesen zahlt, aufbringen müßten, nur zugunsten unserer Mitglieder zu verwenden. Was den Dummheit da vorgeschrieben wird von Streiks und Ausperrungen, unterschreiben wir nicht. Denn so weit sind wir hier in Solingen noch nicht und werden auch niemals so weit kommen. Wir setzen hiervon alle Fabrikanten im Kreis Solingen sowie die königliche Gewerkeinspektion und den Bergischen Dampfstellüberwachungsverein in Barnim in Kenntnis, und bitten darauf hinzuwirken zu wollen, daß alle Maschinen und Heizer dem Lokalverein Solingen beitreten. Er bebrachtet es als seine Aufgabe, tüchtige Heizer und Maschinen heranzubilden, die dem Verein Ehre machen und den Stand hochhalten. In Kürze wird hier zu diesem Zwecke auch ein Heizer- und Maschinenkursus eröffnet werden, woran sich jedes Mitglied beteiligen kann. Um den Teilnehmern keine Kosten zu verursachen, soll der Kursus nicht in einem Wirtschaftslokal abgehalten werden. Auch durch Beurlaubung von Vorrägen tüchtiger Ingenieure im Verein selbst werden wir unsere Aufgabe, zu der also jeder Berufsgenosse durch seinen Beitritt mithelfen möge, nach Kräften zu erfüllen bestrebt sein. Der Vorstand des Heizer- und Maschinenvereins für den Kreis Solingen: Franz Poljschneider, Vorsitzender, Heizer und Maschinist im Engelswert, Soche bei Solingen.

Rundschau.

Der Grundstein.

Das Organ des Maurerverbandes, erscheint jetzt in einer Auflage von 150 000. Die Redaktion des Blattes ist trotzdem mit dem im dritten Quartal erzielten Erfolg nicht ganz zufrieden, sie appelliert deshalb an die Agitatoren, unablässig bemüht zu sein, den fernstehenden Kollegen das Evangelium der Aufrichtung zu predigen und sie dem Verband zuzuführen.

Arbeitersekretariat in Düsseldorf.

Am 1. Oktober hat in Düsseldorf das von den Gewerkschaften und dem Sozialdemokratischen Verein errichtete Arbeitersekretariat seine Tore geöffnet. Die Vorgeschichte dieser Gründung ist ein gutes Stück der Düsseldorf Arbeiterbewegung überhaupt. Im Jahre 1892, ein Jahr nach dem Zusammenschluß der Gewerkschaften im Gewerkschaftsverband, wurde aus kleinsten Anfängen heraus ein Rechtsauskunftsbureau für organisierte Arbeiter geschaffen. Die Auskunftserteilung wurde zunächst auf wenige Stunden in der Woche beschränkt, jedoch entwickelte sich diese Einrichtung im gleichen Schritt mit der Gewerkschaftsbewegung. Bald mußte das Bureau täglich geöffnet werden, und im Jahre 1900 wurde endlich dessen Ausbau zu einem händigen Arbeitersekretariat beschlossen. Nachdem dann 1903 die finanzielle Sicherung des Unternehmens durch Garantieübernahme seitens der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen erfolgt war, bereiteten die weiteren Vorarbeiten keine Schwierigkeit mehr. Durch die Wahl des Genossen Karl Giebel, des bisherigen Hauptvorsitzenden des Verbandes der Krankenkassenbeamten, wurde die Personenfrage auf eine Weise gelöst, die nicht nur der neuen Institution gegenwärtige Wirksamkeit verbürgt, sondern auch eine bedeutende Förderung der gesamten örtlichen Arbeiterbewegung von ihr erwarten läßt. Das Sekretariat wird vorläufig seinen Sitz im Gewerkschaftshaus nehmen, um in wenigen Wochen in das bis dahin fertiggestellte Gebäude der Ortskrankenkasse der Fabrik- und Metallarbeiter überzuziehen. Dieses Gebäude wird außerdem die Bureau der größeren Gewerkschaften mit ihren Lokalbeamten aufnehmen.

Der Unfallzuschuß zum Krankengeld.

Bekanntlich können Unfallverletzte von Beginn der 5. Unfallwoche bis zum Ablauf der 13. Unfallwoche das höchste Krankengeld von ihrer Krankenkasse verlangen. Die Krankenkasse muß da dem Verletzten statt 50 oder 60 Prozent, 66 2/3 Prozent (oder zwei Drittel) des letzten Krankengelds zugrunde gelegten Tagesverdienstes ausbezahlen. Diese Differenz kann die Kasse später vom Betriebsunternehmer wieder einziehen. Es gibt deshalb „fünfdige“ Arbeitgeber, welche sich weigern diesen Zuschuß der Krankenkasse wieder zu ersetzen, wenn sie herausbekommen, daß der Verletzte doppelt versichert war, aus den zwei Krankenkassen schon mehr als zwei Drittel des Lohnes an Krankengeld erhält. Interessant ist deshalb die nachstehende Entscheidung einer Aufsichtsbekörde: „Die Weigerung der Kasse, den begehrten Zuschuß zu zahlen, stützt sich auf die zu § 5, Absatz 9 des (früheren) Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 vom Reichsversicherungsamt erlassenen Ausführungsvoorschriften vom 30. September 1885. Die vorgenannten Ausführungsvoorschriften bestimmen im § 1, daß als Krankenkassen im Sinne des § 5, Absatz 9 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 auch die dem § 7 des Krankenversicherungsgesetzes entsprechenden eingetragenen Hilfskassen zu gelten haben. Des weiteren besagt § 5 a. d. O.: Beträgt das gesetzliche oder faktuenmäßige Krankengeld, welches der Verletzte aus einer Krankenkasse allein oder aus mehreren Krankenkassen zusammen zu beanspruchen hat, bereits zwei Drittel des bei der Berechnung zugrunde gelegten Arbeitslohns oder mehr, so steht dem Verletzten ein Anspruch auf einen Mehrbetrag nicht zu. Der § 5, Absatz 9 des (früheren) Unfallgesetzes ist ohne Änderung als § 12, Absatz 1 in das (neue) Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz vom 30. Juni 1900 übernommen worden; es haben daher jene Ausführungsvoorschriften auch bei Auslegung der letztgenannten gesetzlichen Bestimmungen Anwendung zu finden.“ Also zweierlei Geld. Ist der Arbeiter in einer eingetragenen Hilfskasse, die dem § 7 des Unfallversicherungsgesetzes genügt, noch versichert, so erhält er keinen Zuschuß, während der Verletzte ihn erhält, wenn er nur in einer „Hilfskasse“ ist! Geld ist doch Geld!

Wie man auch die Neugründung von Betriebskrankenkassen verhindern kann.

Die Arbeiterchaft, die oft ihr Arbeitsverhältnis wechseln muß, leidet sehr unter dem Mißstand, daß heute mehr als 20000 Krankenkassen in Deutschland existieren, die aber alle den Namen „Zwangskassen“ führen. Dieser Umstand ist aber immer toller, da zahlreiche Betriebsunternehmer auch noch ihre „eigene“ Betriebskrankenkasse errichten, um ja noch mehr „Herr im Hause“ zu sein. Schwer ist es da manchmal für die beteiligten Arbeiter, diese Neugründungen zu verhindern, da sie ja nur „gehört“ zu werden brauchen und auch gegen ihren Willen die Kasse errichtet werden kann. Wenn's nicht paßt, kann ja gehen, und wer später kommt wird, fliegt doch heraus, damit er der Betriebskasse nicht länger zur Last fällt, „ir deren

Finanzen ja der „Herr und Gebieter“ die Garantie übernommen hat. Ein eigenartiger Fall ereignete sich kürzlich in Solingen. Die Firma J. P. Engels hatte die Errichtung einer Betriebskrankenkasse beschlossen, während die Arbeiter der Firma gegen diese Gründung Protest erhoben. Doch der Chef „gründete“ die Kasse, ernannte sich zum Vorsitzenden und ließ weitere drei Vorstandsmitglieder „wählen“. Doch bei der Wahl des fünften Vorstandsmitglieds haperte es. Als der zum Vorstandsmitglied gewählte Arbeiter von der Aufsichtsbehörde befragt wurde, ob er die Wahl annehme, hielt er eine schneidige Rede gegen die schädliche Betriebskrankenkasse und erklärte schließlich, daß er die Wahl ablehnen müsse. Da dies kein gesetzlicher Grund zur Ablehnung dieses Ehrenamtes war, so wollte ihm der Vorsitzende zur Strafe das Stimmrecht zur Generalversammlung entziehen, mußte sich aber gefallen lassen, daß die Mehrheit beschloß, ihm das Stimmrecht zu belassen. Nun wurde ein zweiter und dritter Arbeiter gewählt, die aber beide für die „Ehre“ dankten. Als diese auch Neden halten wollten, schloß der Vorsitzende einfach die Versammlung. Am andern Tage wurde von den Arbeitern eine Werkstättenversammlung abgehalten und eine Kommission gewählt, die bei der Betriebsleitung vorstellig werden sollte und das Ersuchen der Arbeiter zuzustellen hatte, doch den Plan einer Gründung einer Betriebskrankenkasse im Interesse der Arbeiter aufzugeben. Jetzt hatte auch die Betriebsleitung nicht mehr viel gegen eine neue Generalversammlung, die auch dann stattfand und einstimmig den Beschluß faßte, die kaum gegründete Betriebskrankenkasse wieder aufzulösen. Bravo! Zur Nachahmung empfohlen!

Ein Wunder.

In Nr. 32 berichteten wir unter dieser Spitzmarke, daß die Konstanzer Staatsanwaltschaft gegen eine Anzahl Bauunternehmer ein Ermittlungsverfahren wegen Nötigung und Vergeben gegen § 153 der Gewerbeordnung eingeleitet habe. Im Konstanzer Maurerstreik, der Mitte August nach dreimonatlicher Dauer sein Ende fand, wurde anfangs noch bei einigen Bauten gearbeitet, da die Unternehmer, die nicht dem Arbeitgeberverband angehörten, die Forderungen der Arbeiter bewilligt hatten. Von diesem Verband wurde deshalb versucht, die Materiallieferanten zu veranlassen, an die betreffenden Bauunternehmer keine Materialien mehr abzugeben. Als hiervon der Staatsanwalt erfuhr, leitete er das erwähnte Verfahren ein und auf dem Bureau des Verbandes wurde alsbald eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Darauf erfolgte die Inhaftung gegen 21 Mitglieder des Verbandes. Das Schöffengericht zu Konstanz hat jetzt 17 Mitglieder des Unternehmerverbandes zu je einem Tage Gefängnis, zur gesetzlich niedrigsten Strafe, verurteilt, 4 wurden freigesprochen. Dieses Urteil gegen Unternehmer fordert förmlich zu Vergleichen mit den gegen Arbeiter gefällten Urteilen heraus. Uns ist kein Urteil bekannt, daß je ein wegen der in Frage stehenden Reate verurteilter Arbeiter mit einem Tage davon gelommen wäre.

Aus dem Königreich Dillingen.

Der Artikel in Nr. 37 der Metallarbeiter-Zeitung über die Dillinger Hüttenwerke hat die saarabischen Herrscher in große Aufregung versetzt. Wie alle Gewalttäter suchen sie sich nun durch weitere brutale Maßregeln für die an den Zuständen des Werkes geübte Kritik zu rächen. Die Blätter melden, die Direktion der Dillinger Hüttenwerke habe einen Ukas anhängen lassen, daß sie „alle Arbeiter entlassen werde, die dem Deutschen Metallarbeiter-Verband oder ähnlichen Kassen und Vereinen als Mitglied angehören oder die auch nur sozialdemokratische oder ähnliche Zeitungen halten.“ Also ganz nach Stimmungen Müller. Wir lachen der Toren, die sich einbilden, heutzutage mit derartigen Gewaltrezepten den Fortschritt unserer Bewegung aufhalten zu können. Der „Geist des Aufsturus“ geht nun einmal durch die Lande und macht keinen Umweg bei den Dillinger Werken. Aus dem Ukas spricht die Angst davor, daß die Arbeiter des Werkes sämtlich zum Bewußtsein ihrer Lage kommen und der Paschawirtschaft ein Ende bereiten könnten. Das wird unseren Kollegen in Saarbezirk nur ein Vorposten sein, die Agitation noch intensiver zu betreiben. Den Stämmlingen muß gezeigt werden, daß man sich durch ihre Drohungen nicht einschüchtern läßt. Wenn erst die Arbeiter der großen Eisenwerke in größerer Zahl als bisher für den Deutschen Metallarbeiter-Verband gewonnen sein werden, sind wir imstande, dem ganzen Scharfmachertum mehr als bisher die Zähne zu zeigen.

Brust junior.

Der Sohn seines Vaters, ist aus dem Buchdruckerverband ausgeschlossen worden. Dem Correspondent für Deutschlands Buchdrucker entnehmen wir nachstehenden Bericht aus Düsseldorf: „Die am 19. September abgehaltene Monatsversammlung gedachte zunächst der verstorbenen Kollegen Jos. Schweden und Emil Edert. Nachdem wurden fünf Kollegen aufgenommen und Wilhelm Brust ausgeschlossen. Letzterer, ein Sohn des bekannten Führers der christlichen Bergarbeiter, desselben, welcher seinerzeit im „Bergknappen“ schrieb, daß er es als eine der ersten Bedingungen betrachte, wenn sein Sohn nach brenderter Lehrzeit in den wirklich neutralen Verband der Deutschen Buchdrucker eintrete. Und mit welchen Gedanken trägt sich heute Brust junior? Ist er nicht Mitbegründer der Zentrale im graphischen Gewerbe christlicher Richtung?“ Wenn der Sohn wird wie sein Vater, dann wird er gut, sagt ein bekanntes Sprichwort und Brust senior wird sicherlich seine helle Freude daran haben, daß sein Sohn so treulich seinen Fußstapfen folgt. Herr Brust junior wird aber noch mehr auf Granit beissen als sein Vater in bezug auf das Auseinanderorganisieren der Berufscollegen, er hat es mit den Buchdruckern und nicht mit den Bergleuten zu tun.

Gährung im „christlichen“ Lager.

Die Dortmunder Arbeiterzeitung schreibt: „Unlänglich eines total verunglückten Streiks der Zinkhüttenarbeiter zu Stollberg bei Aachen, der nur durch die „vorzügliche“ Führung einiger Zentrumsgrößen und der Zentrumspreffe verloren gegangen ist, weil von dieser Seite auch gleich die Interessen der Hütte, und diese ganz besonders, gewahrt wurden, rührt es jetzt gewaltig unter der nach ihrer Angabe 1100 Mann starken Zinkhütte der „christlichen“ Metallarbeiter zu Stollberg. Die Wut richtet sich gegen die Führer, denen man vorwirft, die eingegangenen Verpflichtungen nicht gehalten zu haben. Dem Zentrumsabgeordneten Maden wirft man genau wie beim Streik bei Brym vor, invariabel zu haben um die Bewegung schnell im Interesse des Kapitals zu beendigen. Die Arbeiterchaft hat einen schweren Schlag erhalten, der zu seiner Wettmachung jahrelanger Arbeit bedarf, und man muß gestehen, daß Führer, Verband und Zentrumspreffe ein gutes Teil der Verantwortung zu tragen haben. Schon der ergebnislose Versuch bei Brym wurde in einen Sieg umgewandelt, und diesmal schrieb der Volksfreund von einem solchen Erfolg, des christlichen Verbandes, während der „Deutsche Metallarbeiter“ von einem vollen Erfolg zu berichten wußte. Leider war der volle Erfolg auf Seite der Hütte. Sie lebte jede Verhandlung mit den Arbeitern ab. Einzeln mußte jeder kommen und wieder um Arbeit anfragen, einzeln und nach Bedarf wurden sie wieder eingestellt, so daß mit Ende der Woche mit wenigen Ausnahmen die Streikenden zu den alten Bühnen weiter arbeiten konnten. Den Dank gegen „ihren verehrten Abgeordneten“, von dem der Volksfreund berichtet, und den christlichen Verband hatten die gekauften Arbeiter durch kühnartigen Austritt ab. Man kann es den Leuten durchaus nicht verdenken. Wenn die eigenen Funktionäre, die eigene Presse und das Verbandsorgan den Arbeitern vorlägen, ihre Niederlage sei ein großer Erfolg, so ist es begreiflich, daß die kaum gewonnenen Mitglieder der Organisation wieder den Rücken kehren. Man sieht, daß dort wie hier und hier wie dort die christlichen Arbeiter nur darum organisiert werden, um sie von ihren Arbeitsbrüdern zu trennen, damit sie von den Freunden der Unternehmer gegen ihre Interessen, also gegen sich selbst geleitet werden.“

Mit einer Niederlage endete auch der Streit bei der Hütten-Gewerkschaft, an dem 110 Mitglieder des christlichen Metall-

Arbeiter-Verbandes beteiligt waren. Nach fünfwochenlanger Dauer mußte der Streit abgebrochen werden.

Seine „Chrenmitglieder“ im Hirsch-Dunderischen Gewerbeverein. Herr Bräder in Straßburg, Agitationsleiter des Hirsch-Dunder-

Glücklicher Zufall.

In dem Vorort Göggingen bei Augsburg gaben einige ver-

Von der Knüppelgarde in Levertufen.

Die von der Fabrikleitung beim Streit mit Knüppeln bewaffneten

Betrifft Bescheid auf Ihre Anzeige vom 24. August 1904 gegen den Professor Dr. Quisberg

Übermal ein sogenanntes Streifvergehen.

Am 20. August, zur Zeit des Schloßstreits, war der Monteur

Vom Ausland.

Oesterreich.

In der Maschinenindustrie unseres Landes bereiten

Das Kartell erstreckt. Das Kartell umfaßt jedoch die vier ausschlag-

Die großen Eisenindustrie-Gesellschaften veröffentlichen

Schweden.

Der schwedische Eisen- und Metallarbeiter-Verband hat mit

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

(G. S. 29 Hamburg).

Bekanntmachung.

Folgende Mitglieder, deren Aufenthalt unbekannt, sind aus der

Abrechnung der Hauptkasse pro September 1904.

Einnahmen.

Kassenbestand vom August 1904: 1331702,57. Von Adlershof 75.

wald 100. Dresden-Neustadt 150. Dresden-Plauen 100. Driesen 50.

Nach Altenhof I 100. Altenhof II 200. Altenhagen 150.

Bilanz: Einnahmen Mk. 1365775,35

Ausgaben 16994,40

Kassenbestand Mk. 1348780,95.

G. Venterich, Hauptkassier.

Inhalt von Nr. 42.

Oberschlesische Metallarbeiterverhältnisse. — Ein preussischer

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.)

Witten. Sonntag, 16. Okt., vorm. 11 Uhr, bei O. v. Winteln, Weinluststraße.

Darmstadt (Feigungsmonteur). Jeden ersten Sonntag im Monat, vorm. halb 11 Uhr, bei Böttcher, Langestr. 2.

Mittelelbe. Samstag, 22. Okt., abds. 9 Uhr, zur „Eintracht“. Vortrag. Wühlhausen i. Th. Samstag, 22. Okt., abds. halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus („Zähringer Hof“).

Gründel-Zangerhütte. Am 25. jeden Monats abds. 8 Uhr, Jagelabend, bei Zimmer, Schönwälderstraße.

Swidau. Samstag, 22. Okt., abds. halb 9 Uhr im Rest. Belvedere.

öffentliche Versammlungen. Bitterfeld. Samstag, 22. Okt., abds. halb 9 Uhr, im „Hohenzollern“-Saal.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen. Klein-Verkauf. Sehr festes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig.

Baer Sohn. Es pros. BERLIN. Ein detail. Spanische 24/25. Bräunstr. 11. Or. Franzstr. 20.

Soher u. leichter Lebensverdienst.

Bei hoher Vergütung suche an jedem Ort Herren, welche den Vertrieb hochleg. konkurrenzl. Neu. (ganz vorzögl. Weihnachtsartikel) nebenbei übernehmen.

Achtung, Kollegen! Unsere neuen Herbergs- sowie Verkehrsräume befinden sich Hamburg St. P., Talstr. 11/12.

Zigarren

Durch Verhältnisse gezwungen, habe Vertretungen über u. Liefer ab Fabrik. 100 Stück Vorzugsmarke Mk. 3.20

Ich versende damit sich die Leser dieser Zeitung über die Güte und Schneidfähigkeit meiner Silberstahl-Nastermesser überzeugen können:

MEINEL & HEROLD

Harmonikafabr., Klingenthal (Sax.) No. 493. Kef. als Spezialität Zupharmonika.

Feinste und genaueste Messwerkzeuge. wie Schieberegeln, Mikrometer, Winkel, Zirkel etc.

Der Metallarbeiter

Enthält: Fräsen, Drehen, Zellberechnung z. Drehen größerer Gegenstände auf der Planbank.

Für fünf Mark ein Fahrrad zu liefern, ist wohl niemand umstand aber Jedermann erhält fünf Mark

Bitte lesen!

Stärkevolle Ware kann ich für recht billigen Preis liefern, weil ich sehr leistungsfähig bin. ca. 300 Personen beschäftigen und bei vollständigem Bedarf mit geringem Bedarfs bediene.

Die Buchdruckerei des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes unter der Firma Alexander Schlicke & Co. Stuttgart, Rötterstrasse 16 B

Orkan-Fahrräder. Sub nach für Saison 1904 die besten und doch die allerbilligsten, mit 1.50 Mark Garantie u. 1000 Mark Versicherung.

Metallarbeiter! Den auf der Reise befindlichen Kollegen zur Kenntnis, dass sich die Verbandsherbergs- und Verkehrsräume in Hamburg nach wie vor in der Lessinghülle, Gänsemarkt 35 (Hilmer Gasthof) befinden.

Formwerkzeuge. aller Art liefert in feinst. Ausführung. Max Pflüger, Formwerkzeugfabrik, Böhlen-Leipzig.

Conrad Müller Buch- und Steindruckerei. Pariser- und Gummi-Anstalt. gegründet 1825. Telephon No. 26. Schkeuditz-Leipzig.

Ein Hausschatz für jede Familie. ist das wertvolle, illustrierte 160seit. Rezeptbuch 10. Aufl. „Die Destillation im Haushalte“

Optische Artikel. Echt goldene Ringe. Kaffeeservice, vernickelt, 4 teil., 1/2 Lit. v. 1,20 an

Hygienische. Bedarfsartikel. Neuester Katalog gratis. Prof. Dr. H. Unger, Gesundheitsrat, Berlin N. Friedrichstraße 131 c.

Demnächst erscheint und kann durch alle Verwaltungen, Bevollmächtigte, Geschäftsführer und durch unterzeichneten Verlag bezogen werden

Lebens. große 4/5 cm für 3 Mk. Porto, Verpackung zu 1/2 Mk. Schickert, Halberstadt

Julius Busse. Berlin G. 19, Grünstr. 3/5 C. Reich illustrierter Katalog über alle Arten von Uhren, Ketten, Gold-, Silber-, Nickel- und Bronzwaren.

Ein Hausschatz für jede Familie. ist das wertvolle, illustrierte 160seit. Rezeptbuch 10. Aufl. „Die Destillation im Haushalte“

Optische Artikel. Photographie-Alben. Musik-Instrumente mit Platten v. 1,00 an

Magerkeit. Schöne, volle Körperform durch unser einziges Kräftpulver, preisgekrönt durch Medaillen, Paris 1889, Hamburg 1891, Berlin 1894, in 6-8 Wochen bis 20 Pfund Zunahme, garantiert unerschöpflich. Streng reell - kein Schwandel. Viele Dankcart. Preis Karton mit Gebrauchsanweisung 2 Mark. Postanw. od. Nachr. excl. Porto.

Notizkalender für 1905. Unentbehrliches Notiz- und Nachschlagebuch für alle Verbandsmitglieder

Lebens. große 4/5 cm für 3 Mk. Porto, Verpackung zu 1/2 Mk. Schickert, Halberstadt

Julius Busse. Berlin G. 19, Grünstr. 3/5 C. Reich illustrierter Katalog über alle Arten von Uhren, Ketten, Gold-, Silber-, Nickel- und Bronzwaren.

Ein Hausschatz für jede Familie. ist das wertvolle, illustrierte 160seit. Rezeptbuch 10. Aufl. „Die Destillation im Haushalte“

Optische Artikel. Photographie-Alben. Musik-Instrumente mit Platten v. 1,00 an

Hygien. Institut. D. Franz Steiner & Co. Berlin 262, Königgrätzerstr. 78.

Alexander Schlicke & Co. Druckerei und Verlag. Stuttgart, Rötterstrasse 16b.

Lebens. große 4/5 cm für 3 Mk. Porto, Verpackung zu 1/2 Mk. Schickert, Halberstadt

Julius Busse. Berlin G. 19, Grünstr. 3/5 C. Reich illustrierter Katalog über alle Arten von Uhren, Ketten, Gold-, Silber-, Nickel- und Bronzwaren.

Optische Artikel. Photographie-Alben. Musik-Instrumente mit Platten v. 1,00 an

Optische Artikel. Photographie-Alben. Musik-Instrumente mit Platten v. 1,00 an